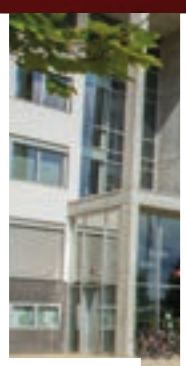
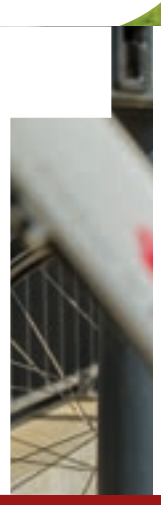
Commune de **BERTRANGE**

BULLETIN



07/26



BICHERBUS | 18.11.2026

Bibliothèque sur roues
@ rue Atert, 10.30 – 11.20 Auer

FLOUMAART – VIDE GRENIER | 22.11.2026

@ Centre Atert
Organisation: Les Amis de la Fleur
De 9.00 à 17.00 heures
Entrée gratuite

KABARET STÉNKDÉIER – ALLES A FRÄNJELEN | 04.12.2026

@ ArcA
Début: 20.00 heures
Entrée: 20 € / Kulturpass: 1,50 €
Info & Tickets: www.arca.lu

AGENDA

QUIZNIGHT 2026 | 05.12.2026

@ Centre Atert
Organisation: Les Amis de la Pétanque
Début: 19.30 heures
Plus d'informations: quizowend.bartreng.2026@gmail.com

BICHERBUS | 09.12.2026

Bibliothèque sur roues
@ rue Atert, 10.30 – 11.20 Auer

BABBELTREFF | 10.12.2026

@ Maison Schauwenburg
De 19.00 à 20.30 heures
Veuillez confirmer votre présence: babbeltreff@bertrange.lu, délai d'inscription: le mercredi précédant le Babbeltreff
Entrée gratuite

DER GEMEINDERAT

DP



Youri De Smet *(Bürgermeister)*



Marc Lang *(Schöffe)*



Frank Colabianchi *(Gemeinderat)*



Monique Smit-Thijs *(Gemeinderat)*



Francine Moro Oliveira Costa *(Gemeinderat)*



Nadine Philippe *(Gemeinderat)*



Mariette Gallmeister *(Gemeinderat)*

Déi Gréng



Roger Miller *(Schöffe)*



Stefan Glober *(Gemeinderat)*

CSV



Nadine Schares *(Gemeinderat)*



Marc Rauchs *(Gemeinderat)*



Marie-Paule Schroeder *(Gemeinderat)*

LSAP



Yolande Schuster *(Gemeinderat)*

BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 23. SEPTEMBER 2026 UM 08.30 UHR

Anwesend:

DP
Youri DE SMET (Bürgermeister)
Marc LANG (Schöffe)
Frank COLABIANCHI (Rat)
Monique SMIT-THIJS (Rätin)
Nadine PHILIPPE (Rätin)
Mariette GALLMEISTER (Rätin)

déi gréng
Roger MILLER (Schöffe)
Stefan GLOBER (Rat)

CSV
Nadine SCHARES (Rätin)
Marc RAUCHS (Rat)
Marie-Paule SCHROEDER (Rätin)

LSAP
Yolande SCHUSTER (Rätin)

Georges FRANCK (Gemeindesekretär)

Entschuldigt: Francine Moro (Rätin/DP, Stimmrechtsvertretung an Bürgermeister De Smet für die Punkte 1-2; 4-5; 7-13)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

01. | Rangordnung der Mitglieder des Gemeinderats
02. | Genehmigung der Tagesordnung

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

03. | Personalwesen
  A. SEA: Kündigung von Gemeindeangestellten
  B. SEA: Anstellung eines Gemeindeangestellten
  C. Gemeindepersonal: Anstellung eines Gemeindeangestellten
  D. Gemeindepersonal: Beförderung eines Gemeindebeamten

In öffentlicher Sitzung:

04. | Informationen und Korrespondenz
05. | Kontrakte und notarielle Akte
  A. Mietverträge für bezahlbaren Wohnraum: Genehmigung
  B. Gewerbemietvertrag – Gebäude „Beim Schlass“: Genehmigung
  C. Mietvertrag für eine Mobilfunkstation: Genehmigung
  D. Anpassung des Mietvertrags für ein Projekt zur Installation einer bodengebundenen Photovoltaikanlage: Genehmigung
  E. Vertrag über die Bereitstellung von Stellplätzen für die Einrichtung von Ladeinfrastrukturen für Elektro- und Hybridfahrzeuge: Genehmigung
  F. Vertrag über die Wärmelieferung – BHKW: Genehmigung
  G. Notarieller Kaufvertrag: Genehmigung
06. | Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange
  A. Verwaltungskommission: Ersetzung von drei Mitgliedern
07. | Finanzen
  A. Verwaltungskonto und Gemeindekonto 2024: Genehmigung
  B. Änderungen im Haushalt 2026: Genehmigung
  C. Spende „Wantermaart 2025“: Genehmigung
  D. Spende bezüglich des Public Viewing: Genehmigung
08. | Projekte
  A. Kostenvoranschlag für das Projekt zur Gestaltung eines Klimagartens: Genehmigung
  B. Abstimmung über einen zusätzlichen Sonderkredit für die Gestaltung eines Klimagartens: Genehmigung
09. | Stadtplanung
  A. Punktuelle Änderung des PAG „Cité Henri Dunant“: Einleitung des Verfahrens
10. | Verordnungen
  A. Anpassung des internen Organisations- und Betriebsreglements des Service d’Éducation et d’Accueil: Genehmigung
  B. Verordnung zur Organisation der Arbeitszeit des Gemeindepersonals: Genehmigung

C. Änderung der Gebührenverordnung betreffend die Abwassergebühr: Genehmigung
D. Anpassung der Verordnung über die Tarife und Einschreibemodalitäten für Erwachsenenkurse: Genehmigung

11. | Gemeindepersonal
A. Gemeindepersonal: Schaffung von Beamtenstellen

12. | Verkehr
A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung
B. Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnungen: Bestätigung
C. Anpassungen der Verkehrsverordnung: Genehmigung

13. | Verschiedenes
A. Hilfe für die Betroffenen in Nepal

In öffentlicher Sitzung:

01. Rangordnung der Mitglieder des Gemeinderats

Bürgermeister De Smet gibt an, dass Guy Weirich zum 24. Juli 2026 aus dem Gemeinderat zurückgetreten sei. Marie-Paule Schroeder rücke für ihn in den Gemeinderat nach und sei am 16. September 2026 vereidigt worden. Dadurch ergebe sich folgende neue Rangordnung der Gemeinderatsmitglieder:

Rang	Name und Vorname	Amtsantritt
01	COLABIANCHI Frank	18.01.1990
02	SMIT-THIJS Monique	06.02.2009
03	LANG Marc	05.02.2015
04	DE SMET Youri	15.11.2017
05	MILLER Roger	15.11.2017
06	SCHARES Nadine	04.10.2021
07	MORO-OLIVEIRA COSTA Francine	29.04.2022
08	RAUCHS Marc	04.07.2023
09	SCHUSTER Yolande	04.07.2023
10	PHILIPPE Nadine	17.09.2024
11	GALLMEISTER Mariette	17.09.2025
12	GLOBER Stefan	22.10.2025
13	SCHROEDER Marie-Paule	16.09.2026

Bürgermeister De Smet gibt das Wort an Rätin Schroeder, damit diese sich kurz vorstellen kann.

Rätin Schroeder bedankt sich bei Bürgermeister De Smet für das Wort.

Sie heiße Marie-Paule Schroeder, sei 60 Jahre alt und seit rund fünf Monaten in Pension. Sie sei als Älteste von vier Geschwistern in Bartringen aufgewachsen, wo ihre Eltern einen Bauernhof hatten, in Oppert– der heutigen rue des Champs. Sie sei auch hier in Bartringen in den Kindergarten und in die Grundschule gegangen und habe anschließend das Lycée Michel Rodange besucht.

Ihr Weg führte sie direkt in die Berufswelt zur Banque Générale. Da ihr der Kontakt mit Menschen besonders wichtig war, übernahm sie stets Funktionen mit direktem Kundenkontakt. Über 20 Jahre arbeitete sie in der Zweigstelle in Mamer, davon zehn Jahre als stellvertretende Leiterin. Anschließend leitete sie sechs Jahre lang die Zweigstelle in Junglinster.

Mit zunehmender Spezialisierung auf Geschäftskunden übernahm sie 2015 die Verantwortung für das Centre d'Affaires Entreprises – Westen in Strassen und wechselte 2021 nach Kirchberg, wo sie die Leitung des Centre d'Affaires Entreprises Luxembourg übernahm.

Seit April dieses Jahres sei sie nun in Rente. Zusätzlich zu ihren beruflichen Aktivitäten habe sie einen guten Ausgleich in ihren verschiedenen Hobbys gefunden: Sie arbeite leidenschaftlich gerne im Garten, baue Obst und Gemüse an und erfreue sich an der schönen Natur, sowohl im Garten als auch beim Spazierengehen und Wandern über die Felder oder im Urlaub.

Rätin Schroeder gibt an, seit über 40 Jahren Mitglied der Bartringer Chorale Ste Cécile und seit 2004 deren Präsidentin zu sein. Besonders schätze sie dort neben dem gemeinsamen Singen den Kontakt mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalitäten.

Seit 2013 sei sie zudem Präsidentin der Bartringer Oeuvres paroissiales. Unter ihrer Präsidentschaft sei zwischen 2021 und 2024 ein soziales Wohnungsbauprojekt mit 34 Wohnungen für Menschen und Vereinigungen entstanden, die auf dem regulären Immobilienmarkt nur schwer eine Unterkunft finden.

Für Lokalpolitik interessiere sie sich bereits seit ihrer Jugend. Die Entwicklung Bartringens vom Dorf zu einer modernen Gemeinde habe sie über viele Jahre miterlebt. 2005 sei sie erstmals für die CSV bei den Gemeindewahlen angetreten und habe sich seither auch in verschiedenen kommunalen Kommissionen engagiert.

Als Gemeinderätin wolle sie sich für eine positive Entwicklung der Gemeinde und das Wohl aller Einwohner einsetzen. Besonders wichtig seien ihr das gute Zusammenleben und die lokalen Vereine, die einen wesentlichen Beitrag zur Integration und zum gesellschaftlichen Leben leisten und deshalb bestmöglich unterstützt werden sollten.

Rätin Schroeder merkt an, dass ein weiterer wichtiger Punkt der bezahlbare Wohnungsbau sei; jeder wisse, dass Bartringen eine der Gemeinden sei, in denen das Wohnen am teuersten sei. Sie finde es deshalb wichtig, dass man als Gemeindevertreter auch dafür sorge, dass genügend bezahlbarer Wohnraum in Bartringen zur Verfügung stehe; auch die jungen Menschen sollen in Bartringen wohnen bleiben können und sozial schwächere Haushalte müssen in Bartringen ein Dach über dem Kopf finden können. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Respekt vor der Natur und Umwelt. Der Gedanke des Nachhaltigkeitsprinzips solle bei allen Entscheidungen mitwirken; man habe nur eine Welt und eine Natur, und diese gelte es zu erhalten, zu schützen und den nächsten Generationen in einem guten Zustand zu überlassen. Seit ihrer Kindheit habe sie auf dem Hof ihrer Eltern gesehen und erlebt, was es bedeute, im Einklang mit Tier und Natur zu arbeiten und dass alle nur davon profitieren können, wenn es der Natur gut gehe. Diese Erfahrung und die Freude, die sie selbst bei der Arbeit in der Natur habe, bewirken, dass sie sich auch hier bei den Diskussionen im Gemeinderat für Natur- und Klimaschutz einsetzen wolle.

Abschließend möchte Rätin Schroeder noch ihrem Vorgänger Guy Weirich danken. Guy habe jahrelang gute Arbeit für die CSV im Gemeinderat geleistet; er sei immer bestens vorbereitet gewesen, habe viele Ideen gehabt und konkrete Vorschläge eingebracht. Seine Wortmeldungen waren strukturiert und auf den Punkt gebracht, stets untermauert mit Beispielen aus der Praxis. Die Messlatte liege nun hoch und sie werde ihr Bestes versuchen, indem sie nun seine Nachfolge antrete. Sie versichert, dass sie motiviert sei, zum Wohl der Gemeinde und all ihrer Einwohner zu arbeiten und sich dafür einzusetzen, dass Bartringen eine schöne und angenehme Ortschaft ist, in der

es sich gut leben lässt. Sie wünsche sich eine gute Zusammenarbeit, schöne und konstruktive Debatten sowie einen kollegialen Umgang miteinander, auch wenn man nicht dieselben Meinungen vertrete.

02. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister De Smet fragt, ob die Gemeinderäte die Tagesordnung genehmigen.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

03. Personalwesen

A. SEA: Kündigung von Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

B. SEA: Anstellung eines Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

C. Gemeindepersonal: Anstellung eines Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

D. Gemeindepersonal: Beförderung eines Gemeindebeamten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

In öffentlicher Sitzung:

04. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister De Smet gibt an, dass in geschlossener Sitzung die Kündigung von drei Mitarbeitern aus dem SEA angenommen wurde. Den betreffenden Mitarbeiterinnen wurde für ihre geleistete Arbeit gedankt. Sie werden künftig entweder in einer Sekundarschule, einer Grundschule oder an einem Arbeitsplatz näher an ihrem Wohnort tätig sein. Leo Loos wurde als neuer Mitarbeiter für den Dienst der Gemeindeeinnahmen gestimmt und wird diesen künftig verstärken. Darüber hinaus wurde auch noch ein Erzieher für die Belange des SEA eingestellt und die Beförderung von Jasmine Stahr vom Grad 12 in den Grad 13 beschlossen.

Des Weiteren gibt Bürgermeister De Smet an, dass man die Aufhebung durch das Ministerium eines früheren Beschlusses behandelt habe, mit dem eine Verkürzung der provisorischen Dienstzeit um einen Monat gewährt worden war. Bei der Berechnung der anrechenbaren Dienstzeit dürfen Tätigkeiten von weniger als vier Monaten nicht berücksichtigt werden. Aus diesem Grund könne man der betreffenden Person keine Verkürzung ihrer provisorischen Dienstzeit gewähren.

Bürgermeister De Smet informiert darüber, dass:

- Man die Statuten der Vereinigung „Unread“ vorliegen habe. Ziel der Vereinigung ist es, die Musikgruppe „Unread“ bei ihren Proben und Auftritten organisatorisch und materiell zu begleiten und zu unterstützen.

- Auch der Jahresbericht 2025 des Syvicol vorliege. Dieses Syndikat vertritt die Interessen der luxemburgischen Gemeinden und ist ein wichtiger Ansprechpartner der Regierung in allen Fragen, die den kommunalen Sektor betreffen. Unter anderem nimmt er Stellung zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten und setzt sich für die kommunale Autonomie und die Interessen der Gemeinden ein. Der Jahresbericht zeige, dass auch im Jahr 2025 eine Vielzahl wichtiger Dossiers behandelt wurde. Diese betrafen unter anderem die Bereiche kommunale Raumplanung, Wohnungsbau, Wasser, Umwelt, Polizei, Musikunterricht und öffentliche Finanzen. Darüber hinaus war der SYVICOL auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktiv und organisierte verschiedene Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen für lokale Mandatsträger. Der Bericht vermittelt damit einen umfassenden Überblick über die Tätigkeiten und Prioritäten des Syvicol im Jahr 2025.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 9.801 Personen.

Der Kassenstand beträgt 29,7 Millionen Euro.

05. Kontrakte und notarielle Akte

A. Mietverträge für bezahlbaren Wohnraum: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die Genehmigung zweier Mietverträge für bezahlbaren Wohnraum handele. Die betreffenden Wohnungen seien Ende vergangenen Jahres im Rahmen eines Kaufs im Zustand der zukünftigen Fertigstellung erworben worden und befänden sich in der Cité Pourpelt. Im Laufe des Sommers seien beide fertiggestellt worden und könnten nun vermietet werden. In beiden Fällen handele es sich um Wohnungen mit zwei Schlafzimmern, zwei Badezimmern, einem Wohnbereich mit Küche, einem Balkon, einem Keller sowie einem Stellplatz. Die Wohnfläche betrage jeweils rund 84 m². Beide Mietverträge unterlägen den Bestimmungen des Gesetzes über den bezahlbaren Wohnraum und seien auf unbestimmte Dauer abgeschlossen worden.

Bürgermeister De Smet erläutert, dass man für die erste Wohnung einen monatlichen Mietpreis von 367 Euro festgelegt habe. Der Mietvertrag trete am 1. Oktober 2026 in Kraft. Die monatlichen Nebenkosten beliefen sich auf 285 Euro. Die Wohnung werde von einer alleinerziehenden Frau mit ihrem Sohn bezogen, die derzeit bereits in der Gemeinde wohnen. Für die zweite Wohnung sei ein monatlicher Mietpreis von 514,33 Euro festgelegt worden. Der Mietvertrag beginne am 1. Dezember 2026. Die monatlichen Nebenkosten beliefen sich ebenfalls auf 285 Euro. Die Wohnung werde von einer alleinerziehenden Mutter mit ihrer Tochter bezogen, die derzeit ebenfalls in Bartringen wohnten. Bei beiden Wohnungen werde der Mietpreis gemäß den gesetzlichen Bestimmungen über den bezahlbaren Wohnraum festgelegt. Im Mietvertrag sei zudem eine jährliche Anpassung des

Mietpreises vorgesehen, sollte sich die Situation des Haushalts wesentlich verändern, beispielsweise durch eine Änderung der Zusammensetzung des Haushalts oder des Einkommens. Die Wohnungen seien als Hauptwohnsitz zu nutzen. Eine Untervermietung sei nicht gestattet. In den Verträgen würden zudem die Rechte und Pflichten der Mieter sowie der Gemeinde in ihrer Funktion als sozialer Vermieter festgelegt. In beiden Fällen sei eine Kaution in Höhe von zwei Monatsmieten hinterlegt worden.

Bürgermeister De Smet will hervorheben, dass es nicht ausreiche, lediglich über bezahlbaren Wohnraum zu sprechen, sondern dass auch konkret Wohnraum zur Verfügung gestellt werden müsse. Mit dem Abschluss dieser beiden Mietverträge werde es Haushalten ermöglicht, zu fairen Bedingungen in Bartringen zu wohnen. In einem Umfeld, in dem das Wohnen weiterhin eine große Herausforderung darstelle, werde damit die Verantwortung der Gemeinde wahrgenommen und die vorhandenen Möglichkeiten genutzt, um konkrete Lösungen zu schaffen.

Rat Rauchs fragt nach, ob eine Bestandsaufnahme gemacht worden sei.

Bürgermeister De Smet bestätigt dies. Es handele sich zudem um Erstbezüge.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Gewerbemietvertrag – Gebäude „Beim Schlass“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um die Genehmigung eines Gewerbemietvertrags für ein Lokal im Mehrfamilienhaus „Beim Schlass“ handele. Im Vorfeld sei ein Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen getätigt worden. Auf Grundlage der festgelegten Kriterien sei Herr Trevor Downes ausgewählt worden. Das Lokal verfüge über eine Fläche von rund 69 m² sowie über einen Stellplatz. In den Räumlichkeiten solle eine Fitnessaktivität angeboten werden, unter anderem in Form von individuellem Training und Gruppentraining. Die vorgesehene Nutzung sei ausdrücklich im Mietvertrag festgehalten worden, der für den Zeitraum vom 1. November 2026 bis zum 31. Oktober 2035, somit für eine Mindestdauer von neun Jahren, abgeschlossen worden sei. Dem Mieter werde die Möglichkeit eingeräumt, den Mietvertrag jeweils zum Ende eines Dreijahreszeitraums unter den im Vertrag festgelegten Bedingungen zu kündigen. Um dem Mieter den Start seiner Tätigkeit zu erleichtern, werde für die ersten drei Monate auf die Erhebung der Miete verzichtet. Ab dem 1. Februar 2027 werde die monatliche Miete für das Lokal und den Stellplatz auf 2.040,85 Euro festgesetzt. Hinzu komme ein monatlicher Vorschuss auf die Nebenkosten in Höhe von 123,23 Euro. Die Miete werde gemäß den Bestimmungen des Mietvertrags an den Index angepasst. Bürgermeister De Smet hebt hervor, dass die kommunalen Räumlichkeiten aktiv genutzt werden und einen Mehrwert für das Leben im Ort schaffen. Mit der neuen Aktivität werde das Angebot im Bereich Sport und Bewegung in Bartringen erweitert. Er weist zudem darauf hin, dass bereits heute zahlreiche Einwohner entsprechende Angebote wahrnähmen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

C. Mietvertrag für eine Mobilfunkstation: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um die Genehmigung eines Mietvertrags zwischen der Gemeinde Bartringen und Orange zur Installation einer Funkstation in der Kirche handele. Die Antennen sollen im Kirchturm installiert werden. Die hierfür erforderlichen technischen Anlagen sowie der Anschluss an das Strom- und Glasfasernetz seien Bestandteil des Projekts. Die Installation sei für die aktuellen und zukünftigen Technologien, darunter 4G und 5G, vorgesehen. Der Mietvertrag werde zunächst für eine Dauer von sechs Jahren abgeschlossen und anschließend automatisch um jeweils vier Jahre verlängert, sofern er nicht von einer der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten gekündigt werde. Der Mietvertrag trete mit Beginn der Installationsarbeiten in Kraft. Für die Nutzung werde von Orange eine jährliche Miete von 1.500 Euro an die Gemeinde entrichtet. Die Stromkosten für die Installation würden vollständig von Orange übernommen. Auch die Installation, die Wartung sowie die erforderlichen Reparaturen der technischen Anlagen würden auf Kosten des Betreibers durchgeführt. Da sich die Installation innerhalb der Kirche befinde, werde auch der Zugang zu den Anlagen klar geregelt. Jeder Antrag auf Zugang müsse im Voraus an die Gemeinde gerichtet werden. Der Zugang werde von der Gemeinde mit dem Pfarrer koordiniert, damit die Aktivitäten in der Kirche nicht beeinträchtigt würden. Bei jedem Eingriff müsse das autorisierte Personal von einem Vertreter der Gemeinde begleitet werden.

Rätin Schares möchte wissen, ob sich sämtliches benötigte technische Material im Kirchturm befinden werde.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass alles im Kirchturm installiert werde und sich keine Installation außerhalb befinden werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Anpassung des Mietvertrags für ein Projekt zur Installation einer bodengebundenen Photovoltaikanlage: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um die Genehmigung einer zweiten Anpassung zum im November 2021 zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft „Solarpark Bartreng“ abgeschlossenen Mietvertrag handele. Gegenstand des Vertrags seien der Bau und der Betrieb der bodengebundenen Photovoltaikanlage in der rue de Dippach. Im November 2024 sei bereits eine erste Anpassung betreffend die Kosten der Trafostation unterzeichnet worden. Mit der nun vorliegenden zweiten Anpassung solle die ursprünglich vorgesehene Vertragsdauer um fünf Jahre verlängert werden. Die Laufzeit werde somit von ursprünglich 20 auf insgesamt 25 Jahre erhöht. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des PPA-Vertrags Ende 2021 sei der Strompreis vor dem Hintergrund der damaligen Entwicklung der Energiemärkte als vorteilhaft eingeschätzt worden. Die damaligen Prognosen hätten für die kommenden Jahre Strompreise von rund 20 Cent pro kWh erwarten lassen.

Bürgermeister De Smet führt aus, dass die Anlage gut funktioniere und beispielsweise im Jahr 2025 rund 1.100 MWh Strom produziert habe. Rund 68 % der produzierten Energie werde von der Gemeinde selbst verbraucht, während die überschüssige Produktion in das Netz eingespeist werde. Die Tatsache, dass insbesondere während der Sommermonate überschüssiger Strom produziert und in das Netz eingespeist werde, sei bereits bei der Planung berücksichtigt worden und stelle grundsätzlich eine typische Situation bei Photovoltaikanlagen dar. Eine Entwicklung, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des PPA-Vertrags weniger absehbar gewesen sei, sei der starke Ausbau der Photovoltaik auf europäischer und nationaler Ebene gewesen. Durch diesen Ausbau hätten sich die Energiepreise stabilisiert, wodurch der vereinbarte Preis heute weniger wettbewerbsfähig sei. Gleichzeitig habe die zunehmende Einspeisung von überschüssigem Solarstrom insbesondere in den Sommermonaten zu einer wachsenden Belastung des Stromnetzes geführt. An einzelnen Tagen seien deshalb sogenannte Negativpreise beziehungsweise Kosten für die Einspeisung entstanden. Diese Entwicklung sei auf die Funktionsweise des liberalisierten Strommarktes zurückzuführen, bei dem ein großes Angebot auf eine gleichzeitig geringe Nachfrage treffen könne. Mit dem weiteren Ausbau der Photovoltaik sei davon auszugehen, dass solche Situationen insbesondere in den Sommermonaten häufiger auftreten

könnten. Eine zunehmende Zahl von Anlagen könne zu einer weiteren Erhöhung der Stromproduktion zu Zeiten führen, in denen die Nachfrage vergleichsweise gering sei.

Bürgermeister De Smet fährt fort, dass insgesamt festgestellt werde, dass sich die Rahmenbedingungen seit dem Abschluss des ursprünglichen PPA-Vertrags verändert hätten. Während der vereinbarte Strompreis heute über dem aktuellen Marktpreis liege, werde der überschüssig eingespeiste Strom teilweise weniger günstig vergütet. Gleichzeitig sei festzuhalten, dass die Anlage über das gesamte Jahr betrachtet, weiterhin eine positive Einspeisung erziele und langfristig ein Vermögenswert für die Gemeinde darstelle. Vor diesem Hintergrund seien verschiedene Lösungsansätze geprüft worden, um sowohl die Kosten des bezogenen Stroms als auch die Problematik der überschüssigen Produktion zu optimieren. Als erster Schritt solle die Vertragsdauer um fünf Jahre verlängert werden. Im Gegenzug werde der Preis für die bezogene Kilowattstunde gesenkt. Darüber hinaus solle ein sogenannter „Sharing Point" eingerichtet werden. Dadurch könne ein Teil des produzierten Stroms an lokales Gewerbe weitergegeben werden. Die entsprechende Abwicklung werde durch Enovos übernommen. Auf diese Weise solle die Menge der überschüssigen Energie reduziert und gleichzeitig eine bessere Vergütung für den entsprechend weitergegebenen Strom erzielt werden.

Rat Glober möchte wissen, ob man schon wisse, zu welchem Preis der Strom dann weiterverkauft werde.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass man hier noch in den Analysen sei und noch keinen endgültigen Preis nennen könne. Jedoch solle dieser ansprechender als bisher sein.

Rat Rauchs fragt nach, ob nicht vorgesehen sei, Batterien zu speisen.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass man hier noch etwas Zeit verstreichen lassen müsse, bevor man dies in Angriff nehmen könne.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

E. Vertrag über die Bereitstellung von Stellplätzen für die Einrichtung von Ladeinfrastrukturen für Elektro- und Hybridfahrzeuge: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um die Genehmigung einer Vereinbarung zwischen SWIO sowie den Gemeinden Bartringen und Strassen über die Installation und den Betrieb einer Ladeinfrastruktur für Elektro- und Hybridfahrzeuge in der Aktivitätszone Bourmicht handele. Da sich das betreffende Gelände an der Grenze zwischen Bartringen und Strassen befinde, werde die Vereinbarung gemeinsam von beiden Gemeinden abgeschlossen. SWIO sei für die Installation und den Betrieb der Ladestationen zuständig, während die Gemeinden die hierfür erforderlichen Stellplätze zur Verfügung stellen. Die gesamten Kosten für die Installation der Infrastruktur sowie für deren Betrieb, Verwaltung und technischen Unterhalt würden von SWIO übernommen. Auch die für den Betrieb der Infrastruktur anfallenden Stromkosten würden von SWIO getragen. Die Vereinbarung werde ab der Inbetriebnahme der ersten Ladestation zunächst für eine Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Sofern sie nicht gekündigt werde, verlängere sie sich anschließend automatisch um jeweils ein weiteres Jahr. Als Gegenleistung für die Bereitstellung der Stellplätze entrichte SWIO an die jeweilige Gemeinde eine monatliche Gebühr von 50 Euro pro Stellplatz. Mit der Einrichtung dieser Ladeinfrastruktur werde ein weiterer konkreter Schritt zur Förderung der Elektromobilität auch in den Aktivitätszonen unternommen. Gerade in einer Aktivitätszone, in der täglich zahlreiche Personen arbeiten und unterwegs seien, werde eine leistungsfähige und gut zugängliche Ladeinfrastruktur zunehmend wichtiger. Positiv hervorzuheben sei zudem, dass die Infrastruktur weiterentwickelt werden könne, ohne dass die damit verbundenen Investitions-, Betriebs- und Energiekosten von der Gemeinde getragen werden müssten. Vorgesehen sei eine 180-kW-DC-Schnellladestation mit zwei Ladepunkten. Die Ladestation sei bereits installiert und in Betrieb.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

F. Vertrag über die Bereitstellung von Stellplätzen für die Einrichtung von Ladeinfrastrukturen für Elektro- und Hybridfahrzeuge: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um die Genehmigung eines Vertrags über die Lieferung von Wärme über das kommunale Wärmenetz handele. Für die neu hinzugezogenen Bewohner sei derselbe Vertrag vorgesehen worden, der bereits den anderen angeschlossenen Haushalten angeboten werde. Dieser sei von den Betroffenen unterzeichnet worden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

G. Notarieller Kaufvertrag: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die Genehmigung eines notariellen Kaufvertrags handele, der für das Projekt der geplanten Überführung von Bedeutung sei. Gegenstand des Kaufvertrags sei der Erwerb eines Grundstücks der Croix-Rouge gewesen. Das Grundstück befinde sich entlang der Eisenbahnstrecke und ermögliche eine Verbesserung der Wegeführung sowie eine Optimierung der Verkehrs- und Fußgängerströme im Bereich der geplanten Überführung. Insgesamt umfasse das Grundstück etwas mehr als 13 Ar. Für den Erwerb werde ein Betrag von 19.740 Euro entrichtet, was einem Preis von 1.500 Euro pro Ar entspreche. Seitens der Gemeinde werde zugesichert, auf dem erworbenen Grundstück einen Metallzaun sowie einen begrünten Sichtschutz anzubringen. Bürgermeister De Smet bedankt sich bei der Croix-Rouge für die unkomplizierte Vorgehensweise und die konstruktive Zusammenarbeit, durch die eine schnelle Einigung habe erzielt werden können. Mit dem Erwerb des Grundstücks könne das Projekt der Überführung weiter optimiert und eine zusätzliche Wegeführung geschaffen werden, von der insbesondere die Radfahrer profitieren würden.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

06. Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange

A. Verwaltungskommission: Ersetzung von drei Mitgliedern

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die Neubesetzung von drei Mitgliedern der Verwaltungskommission des CPA handele. Deren Mandat laufe zum Ende des Jahres aus. Im Gemeindeblatt sei daher ein Aufruf veröffentlicht worden, mit dem Interessierte dazu eingeladen worden seien, ihre Kandidatur einzureichen. Innerhalb der vorgesehenen Frist seien sechs Kandidaturen eingegangen; eine weitere Kandidatur sei nach dem 13. September eingereicht worden. Er wolle sich im Namen des Gemeinderats sowie auch persönlich bei René Kitzler für sein langjähriges Engagement in der Verwaltungskommission bedanken. Dieser habe keine weitere Kandidatur eingereicht.

Für die Neubesetzung der drei Mandate schlägt er Frau Anny Pletgen-Schneider, Frau Yolande Haas-Hoffmann und Herr Armand Vesque zur Wahl vor, die anschließend einstimmig vom Gemeinderat gewählt werden.

07. Finanzen

A. Verwaltungskonto und Gemeindekonto 2024: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um das Verwaltungs- und Gemeindekonto 2024 handele. Im ordentlichen Haushalt 2024 habe man Einnahmen in Höhe von 70,4 Millionen Euro gegenüber Ausgaben in Höhe von 51,4 Millionen Euro, so dass sich ein Bonus in Höhe von 18,9 Millionen Euro ergebe. Im außerordentlichen Haushalt 2024 verzeichne man 2,1 Millionen Euro Einnahmen gegenüber 23,8 Millionen Ausgaben, so dass ein Malus von 21,6 Millionen Euro entstehe. Zusammen mit den Einnahmen des Jahres 2023 ergebe sich somit ein definitiver Bonus von 18,8 Millionen Euro. Im Rahmen des Abschlusses des Haushaltsjahres 2024 sei das Gemeinde- und das Verwaltungskonto, wie gesetzlich vorgesehen, vom Innenministerium kontrolliert worden. Am 18. August 2026 sei der entsprechende Kontrollbericht des Ministeriums mit drei Anmerkungen an die Gemeinde übermittelt und eine Stellungnahme hierzu angefordert worden. Das Konto sowie der Kontrollbericht und die Stellungnahme des Schöffenrats liege vor. Er wolle auf die drei wesentlichen Punkte des Kontrollberichts eingehen.

Erstens seien die Zuschüsse zu Wohnungsbaudarlehen des Gemeindepersonals thematisiert worden. Seitens des Ministeriums sei festgestellt worden, dass bei mehreren Dossiers Unterlagen fehlten oder nicht vollständig gewesen seien. Diese Anmerkungen seien zur Kenntnis genommen worden. Der zuständige Dienst werde die betreffenden Dossiers nachträglich vervollständigen und künftig verstärkt darauf achten, dass sämtliche Anträge vollständig seien und den geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entsprechen.

Zweitens sei der zusätzliche Urlaubstag für das Gemeindepersonal im Zusammenhang mit der „Braderie“ behandelt worden. In diesem Punkt vertrete der Schöffenrat eine andere rechtliche Auslegung als im Kontrollbericht des Ministeriums. Es werde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich dabei weder um einen Feiertag noch um eine kollektive Schließung der Gemeinde handele. Die Gemeinde bleibe an diesem Tag regulär geöffnet und der Betrieb der verschiedenen Dienste sei gewährleistet. Der betreffende Urlaubstag könne unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse entweder am Tag der Braderie oder an einem anderen Tag im Laufe des Jahres genommen werden. Seitens des Ministeriums werde demgegenüber argumentiert, dass die Anzahl der Urlaubstage von Beamten und Angestellten reglementarisch festgelegt sei und die Gemeindebehörden hiervon nicht abweichen könnten. Der Schöffenrat stütze seine Position jedoch auf Artikel 26, Punkt 4, der großherzoglichen Verordnung vom 21. Oktober 1987. Nach dieser Bestimmung könne der Schöffenrat kollektive Ausgleichsurlaubstage festlegen und dabei bestimmen, für welche Kategorien von Beamten diese gelten. Aus Sicht des Schöffenrats sei daher zwischen dem regulären Erholungsurlaub und einem Ausgleichsurlaub zu unterscheiden. Er weist zudem darauf hin, dass es sich hierbei nicht um eine neue Praxis handele. Diese gehe auf einen formellen Beschluss des Schöffenrats vom 11. April 1989 zurück und werde seither kontinuierlich angewandt. Der betreffende Tag werde somit seit beinahe vier Jahrzehnten auf Grundlage einer offiziellen Entscheidung gewährt. Darüber hinaus werde Wert auf eine Gleichbehandlung des gesamten Gemeindepersonals gelegt. Da auch für die Arbeiter und das Personal des Hausmeisterdienstes ein entsprechender zusätzlicher Tag im Rahmen des Kollektivvertrags vorgesehen sei, solle eine Ungleichbehandlung zwischen den verschiedenen Personalgruppen vermieden werden. Aus diesen Gründen halte der Schöffenrat an seiner Position fest, dass die Gewährung dieses zusätzlichen Tages auf einer reglementarischen Zuständigkeit des Schöffenrats beruhe und daher nicht als Urlaubstag ohne gesetzliche oder reglementarische Grundlage einzustufen sei.

Drittens habe es Anmerkungen im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen gegeben. Dabei seien zwei Dienstleistungen thematisiert worden. Die entsprechenden Beschlüsse – einer im Zusammenhang mit dem Schülertransport und einer betreffend die Installation einer Bühne im Rahmen von „Absolut Bartreng“ – seien zwischenzeitlich gefasst worden. Es werde jedoch transparent festgehalten, dass für diese Dienstleistungen im Jahr 2024 kein Ausschreibungsverfahren durchgeführt worden sei. Die entsprechenden Wettbewerbsverfahren seien ab dem Jahr 2026 eingeführt worden.

Rätin Schares fragt nach, ob diese Kontrolle jährlich stattfinde. Werde dann alles auf Links gedreht oder nur per Zufallsprinzip einzelne Punkte durchgesehen. Zum ersten Punkt sei weiter nicht viel zu sagen, Fehler seien menschlich und können vorkommen. Zum zweiten Punkt will sie anmerken, dass die Sichtweise des Schöffenrats vorliege, könne das Ministerium diese Entscheidung kippen? In Bezug auf die Ausschreibungen will sie wissen, warum dies nicht gemacht worden sei.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass dies jedes Jahr stattfinde. Prinzipiell werde alles durchgesehen, jedoch gebe es immer mehrere Schwerpunkte, mit dem sich eingehender beschäftigt werde. Man sei gebunden, Ausschreibungen zu tätigen. In Bezug auf die Bühne des Musikfestivals sei es schwierig, im Vorfeld eine Ausschreibung zu machen, da man nicht wissen könne, was die gebuchten Künstler bezüglich Technik und Beleuchtung benötigen. In Bezug auf den zusätzlichen freien Tag sei das Schlimmste, was passieren könne, dass das Ministerium die Konten nicht arretiere. Davon sei aber zurzeit nicht die Rede.

Rätin Schuster merkt an, dass diese Kontrolle ähnlich einem Audit sei. Da eine hohe Wahrscheinlichkeit bestehe, dass diese drei Punkte im kommenden Jahr erneut kontrolliert werden, wäre eine lückenlose Bereitstellung aller relevanten Dokumente erforderlich. Habe man bei den Bussen nun eine Ausschreibung gemacht?

Bürgermeister De Smet bestätigt dies. Über die letzten Jahre habe man recht wenig Anmerkungen der Kontrollinstanz erhalten.

Rat Colabianchi ergänzt, dass es diese Kontrollen schon seit Jahren gebe und diese auch ihre Berechtigung haben. Die Gemeindefinanzen müssten in geregelten Bahnen verlaufen und Missbrauch müsse vereitelt werden. Es handele sich um eine wichtige Aufgabe.

Der Gemeinderat nimmt das Gemeindekonto einstimmig an.

Dieser Gemeinderat nimmt das Verwaltungskonto mit 7 Ja-Stimmen (DP), 2 Enthaltungen (déi gréng) und 4 Gegenstimmen (CSV, LSAP) an.

B. Änderungen im Haushalt 2026: Genehmigung

Schöffe Lang führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um Änderungen im Haushalt 2026 handele. Größtenteils sei der ordentliche Haushalt von diesen Anpassungen betroffen. Bei verschiedenen Haushaltsartikeln seien Transfers getätigt worden. Er wolle einen Artikel herausgreifen. So sei beim Putzdienst des SEA nur vier Monate vorgesehen gewesen, dies müsste nun um 120.000 Euro erhöht werden, um den Putzdienst über das gesamte Jahr zu gewährleisten.

Rätin Schares möchte wissen, warum beim Bürgerhaushalt die Summe um 50.000 Euro erhöht werden müsse, um auf einen Betrag von 100.000 zu kommen, die Summe, die initial vorgesehen war.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man im Verlauf des Jahres auf einem anderen Artikel mehr Geld benötigt habe und diese Summe dann vom Bürgerhaushalt-Artikel genommen habe. Dieser werde nun wieder auf die festgelegte Summe erhöht.

Rätin Schares fragt weiterhin nach, wie es um den Artikel betreffend den Sport für das Gemeindepersonal bestellt sei. Diesen habe sie im Haushalt so nicht gefunden. Weiterhin will sie wissen, warum die Wegbegleitung des SEA teurer werde.

Schöffe Lang erklärt, dass es sich hier um eine Neuerung handele. Der Schöffenrat habe beschlossen, dem Gemeindepersonal, das sportlich gesehen auch sehr motiviert sei, einmal die Woche einen Fitnesskurs anzubieten. In Bezug auf die Wegbegleitung handelt es sich um das Entgelt, das den Vereinen zugutekomme, die die Wegbegleitung übernehmen. Auch werde der Haushalt wieder auf seinen ursprünglichen Betrag erhöht.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Änderungen im Haushalt 2026: Genehmigung

Schöffe Lang erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um eine Spende der Einnahmen des „Wantermaart“ handele. Ein Betrag in Höhe von 1700,50 Euro werde der Vereinigung „Lëtzebuerger Déiereschutzliga asbl zugutekommen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

D. Änderungen im Haushalt 2026: Genehmigung

Schöffe Lang gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um eine Spende bezüglich des Public Viewing handele. Eine Summe in Höhe von 500 Euro werde dem Bartringer Jugendhaus zugutekommen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

08. Projekte

A. Kostenvoranschlag für das Projekt zur Gestaltung eines Klimagartens: Genehmigung



Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um den Kostenvoranschlag für die Gestaltung des neuen Klimagartens, der „Bartrenger Klimaoas“, handele. Der Klimagarten solle auf einer rund 26 Ar großen Parzelle zwischen der rue Schauwenburg und der rue de Dippach entstehen. Derzeit befinde sich dort hauptsächlich eine regelmäßig gemähte Wiese mit einigen bestehenden Bäumen. Früher habe es hier einen Spielplatz gegeben. Anstatt dort erneut einen klassischen Spielplatz einzurichten, habe man bewusst die Entscheidung getroffen, einen ruhigeren Ort zu schaffen, an dem die Natur im Mittelpunkt stehe und der zum Aufenthalt und Rückzug einlade. Mit dem Projekt solle eine Verbindung zwischen Natur, Klimaanpassung, Biodiversität, Lernen und sozialem Zusammenleben geschaffen werden. Das Konzept sei gemeinsam mit der deutsch-schweizerischen Firma Erlebnisplan ausgearbeitet worden, die unter anderem bereits Spielplätze und Themenwege in Serfaus gestaltet habe. Bei der Entwicklung seien jedoch auch lokale Akteure und die kommunalen Dienste eingebunden worden. So seien SICONA, der Förster, die „Amis de la Fleur“ sowie das gemeindeeigene Gärtnerteam in die Ausarbeitung des Konzepts einbezogen worden. Als Leitgedanke sei „Von der Wurzel bis zur Blüte“ gewählt worden. Der Garten solle sich mit den Jahreszeiten verändern, lebendig bleiben und von den Einwohnern aktiv erlebt und genutzt werden. Es solle somit kein klassischer Park entstehen, der ausschließlich der Gestaltung diene, sondern ein Ort, an dem Natur entdeckt und gleichzeitig Wissen über Klima und Umwelt vermittelt werden könne. Dabei solle der Klimagarten für verschiedene Generationen – Kinder, Erwachsene und ältere Mitbürger – nutzbar sein.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass der Klimagarten in fünf unterschiedliche Bereiche gegliedert werde. Der erste Bereich bilde den Eingang, an dem eine Art „grünes Wohnzimmer“ geschaffen werde. Dieser Bereich solle zum Ankommen und Verweilen einladen und gleichzeitig den Übergang vom öffentlichen Raum zur Klimaoase markieren. Im zweiten Bereich werde der Schwerpunkt auf Gemeinschaft und aktive Beteiligung gelegt. Hier seien Gemeinschaftsbeete in Form von Hochbeeten vorgesehen, die zum gemeinsamen Pflanzen, Experimentieren und Arbeiten einladen sollen. Ergänzend werde ein Barfußpfad eingerichtet. Der dritte Bereich werde als Natur- und Biodiversitätszone gestaltet. Hier solle bewusst eine naturnähere Gestaltung gewählt werden, bei der der Natur mehr Raum gelassen werde. Vorgesehen seien unter anderem Wildblumen, Stauden, Sträucher, Totholz und Insektenhotels. Der vierte Bereich werde als Klima-Lerninsel gestaltet. Hier solle Klimaanpassung konkret erlebbar gemacht werden. Vorgesehen seien unter anderem ein Regengarten, eine Trockenmauer, ein Bodenlabor sowie ein Sitzkreis. Dadurch solle insbesondere Kindern auf praktische Weise vermittelt werden können, wie Regenwasser aufgenommen und gespeichert werde oder welchen Beitrag Bäume und Pflanzen zur Abkühlung leisteten. Der fünfte Bereich werde aus Ruhe- und Schattenzonen bestehen. Hier werde der bestehende Baumbestand mit neuen, klimaresistenten Bäumen ergänzt, um möglichst viel natürlichen Schatten zu schaffen. Naturnahe Wiesen, Stauden sowie verschiedene Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten würden diesen Bereich ergänzen. Bewusst solle hier weniger Aktivität vorgesehen werden, sodass ein Ort zum Ausruhen, Lesen oder einfachen Verweilen im Grünen entstehe.

Bürgermeister De Smet ergänzt, dass ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Konzepts der Umgang mit Wasser sei. Der Klimagarten solle so gestaltet werden, dass er möglichst weitgehend mit dem natürlichen Regenwasser auskomme. Dies bedeute jedoch nicht, dass vollständig auf Bewässerung verzichtet werden könne. Insbesondere im ersten Jahr, solange die Pflanzen noch nicht ausreichend verwurzelt seien, müsse eine zusätzliche Bewässerung durch das gemeindeeigene Gärtnerteam möglich sein. Zu diesem Zweck seien im Eingangsbereich auch Wassertanks vorgesehen. Auch bei der Auswahl der Pflanzen werde besonderer Wert auf eine klimaangepasste Gestaltung gelegt. Vorgesehen sei eine Mischung aus heimischen und klimaresistenten Pflanzen, die besser mit Hitze und Trockenheit zurechtkämen und gleichzeitig einen Mehrwert für Insekten, Vögel und die Biodiversität darstellten. Dabei solle eine Bepflanzung geschaffen werden, die nicht nur während einiger Wochen im Frühjahr attraktiv sei. Der Klimagarten solle sich vielmehr über das gesamte Jahr hinweg verändern und zu jeder Jahreszeit unterschiedliche

Aspekte bieten. Ein großer Teil der vorgesehenen Arbeiten könne durch die gemeindeeigenen Dienste ausgeführt werden. Derzeit befinde sich das Projekt in der Detailplanung, insbesondere hinsichtlich des endgültigen Bepflanzungsplans und der entsprechenden Bestellliste. Anschließend könne mit der Umsetzung begonnen werden. Zunächst seien der Hauptweg und die Aufteilung der verschiedenen Bereiche vorgesehen, anschließend sollten das Sonnendeck und die Sitzsteine sowie die Bepflanzung umgesetzt werden.

Bürgermeister De Smet hebt zudem besonders die Unterstützung durch die „Amis de la Fleur“ hervor, die im kommenden Jahr ihr 100-jähriges Bestehen feiern. Der Verein habe sich bereit erklärt, das Projekt mit einem Beitrag von 25.000 Euro zu unterstützen. Gleichzeitig solle das Jubiläum dauerhaft im Klimagarten sichtbar gemacht werden. So sollten Blumen aus dem Logo der Amis de la Fleur in Form von Trockenmauern nachgebildet und anschließend mit Blumen bepflanzt werden. Damit werde eine dauerhafte Verbindung zwischen dem 100-jährigen Bestehen des Vereins und dem neuen Klimagarten geschaffen. Er bedankt sich im Namen der Gemeinderäte für diese Unterstützung.

Bürgermeister De Smet ergänzt, da der Klimagarten unmittelbar an mehrere private Gärten angrenze, zudem Wert auf eine frühzeitige Information und Einbindung der betroffenen Anwohner gelegt werde. Zu diesem Zweck würden die betreffenden Nachbarn zu einer Informationsveranstaltung in die Gemeinde eingeladen. Dort solle ihnen das Projekt im Detail vorgestellt, die geplanten Maßnahmen erläutert und Gelegenheit zur Beantwortung ihrer Fragen gegeben werden. Mit der „Bartrenger Klimaoas“ solle beispielhaft aufgezeigt werden, wie eine öffentliche Grünfläche künftig gestaltet werden könne: klimaresistenter, biodiverser und gleichzeitig stärker auf Bildung und Vermittlung ausgerichtet. Gleichzeitig solle der Ort vor allem den Einwohnern zur Verfügung stehen. Es solle somit nicht lediglich ein neuer Park geschaffen werden, sondern ein sich mit der Zeit entwickelnder Raum, in dem die Natur mehr Platz erhalte, Wissen vermittelt werde, verschiedene Generationen zusammenkommen könnten und zugleich Möglichkeiten für Ruhe und Erholung geschaffen würden.

Abschließend weist Bürgermeister De Smet darauf hin, dass die Umsetzung des Klimagartens selbstverständlich mit entsprechenden Investitionen verbunden sei und nicht kostenneutral erfolgen könne. Somit belaufe sich der Kostenvoranschlag auf rund 575.000 Euro.

Rätin Schuster gibt an, dass die Fläche nach einer früheren Nutzung als Spielplatz lange brachlag und die Umgestaltung zum Klimagarten sehr begrüßt wird. Da es ein solches Projekt in Bartringen bislang nicht gebe, befürwortet sie die Initiative. Der Klimagarten fungiere als generationenübergreifende Ruheoase, die zudem Lebensraum für Tiere biete. Besonders positiv hob sie die Bürgerbeteiligung hervor: der Garten biete einen Mehrwert für Menschen ohne eigenen Außenbereich sowie für Gartenbesitzer, die in Workshops – etwa zum Anlegen von Hochbeeten – praktisches Wissen erwerben können. Gebe es nur einen Zugang durch die rue Schauwenburg, oder gebe es auch eine Möglichkeit, diesen durch die rue de Dippach zugänglich zu machen. Hier werden auch der Sinn und Zweck der Städtepartnerschaften deutlich; man könne neue Kontakte knüpfen und so andere Ideen umsetzen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man auch Bürgern ohne Garten eine Möglichkeit auf einen Rückzug ins Grüne geben wolle. Der pädagogische Aspekt liege auf der Hand, man wolle Kinder von klein auf sensibilisieren. Der Zugang über die rue de Dippach sei sicherlich eine Überlegung wert, jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht relevant.

Rätin Schares merkt an, dass es sich um ein ansprechendes Projekt handele. Sie begrüße die pädagogische Komponente sowie die Beteiligung der „Amis de la Fleur“ im Rahmen des 100. Bestehens. Sie fragt sich, wie es um das Element Wasser stehe. Allgemein begrüße sie die Entwicklung des Projekts, das gemeinsam von einer Firma mit den kommunalen Diensten ausgearbeitet wurde. Sie lobt die Vorgehensweise: Alle Partner, die später auch dafür verantwortlich seien, dass ein Projekt funktioniere und langfristig gut gepflegt und weiterentwickelt werden könne, von Anfang an mit ins Boot zu holen. So werde nicht nur ein schönes und durchdachtes Projekt geplant, sondern gleichzeitig von Beginn an darauf geachtet, dass es auch langfristig funktionieren und seine Wirkung entfalten könne.

Bürgermeister De Smet führt aus, dass man sich auch über das Element Wasser in diesem Zusammenhang Gedanken gemacht habe. So habe man beispielsweise an einen Wasserlauf gedacht, jedoch müsse dieser auch befüllt werden und man wolle so wenig wie möglich in die Natur eingreifen. Deswegen habe man diese Idee verworfen. Es gebe jedoch eine Regenwassersammelstelle. Die Vorgehensweise sei aufwendiger gewesen, jedoch auch lehrreich. Auch die Beteiligung der „Amis de la Fleur“ sei wichtig gewesen.

Rat Glober ergänzt, dass dieses Projekt auch in der Umweltkommission diskutiert wurde und als Leuchtturmprojekt angesehen werde. Alles, was im Klimagarten zu sehen sei, könne von jedem zu Hause selbst umgesetzt werden.

Rätin Smit-Thijs fügt hinzu, dass es auch wichtig für die heimische Flora und Fauna sei. Somit werde der Klimagarten nachts auch nicht beleuchtet.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass die Beleuchtung nachts nicht notwendig sei und man somit darauf verzichte. Außerdem herrsche im gesamten Klimagarten Rauchverbot.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Abstimmung über einen zusätzlichen Sonderkredit für die Gestaltung eines Klimagartens: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um einen zusätzlichen Sonderkredit für die Gestaltung des Klimagartens handele. Die Planung des Projekts sei bereits weit fortgeschritten, sodass mit den ersten Arbeiten noch im laufenden Jahr begonnen werden könne. Damit die vorgesehenen Arbeiten in die Wege geleitet werden könnten, müsse hierfür ein zusätzlicher Sonderkredit in Höhe von 300.000 Euro bewilligt werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

09. Stadtplanung

A. Punktuelle Änderung des PAG „Cité Henri Dunant“: Einleitung des Verfahrens

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des PAG im Bereich der Cité Henri Dunant handele, sprich um eine räumlich begrenzte Änderung, mit der die städtebauliche Situation an die geplante Nutzung der betreffenden Fläche angepasst werden solle.

Konkret betreffe die Änderung ein Grundstück im Besitz der Croix-Rouge, das derzeit als Grünfläche genutzt werde. Mittelfristig solle die Fläche als ökologisch gestalteter Parkplatz genutzt werden. Im geltenden PAG sei das

Grundstück bereits als „Zone de bâtiments et d'équipements publics – BEP-1" klassiert. Die betreffende Fläche liege jedoch innerhalb des Perimeters des PAP „Cité Henri Dunant" und sei dort als „Zone verte Bongert" ausgewiesen. Eine Nutzung als Parkplatz sei auf dieser Grundlage derzeit nicht möglich. Daher solle die betreffende Fläche im Rahmen der punktuellen PAG-Änderung aus dem Perimeter des bestehenden PAP „Cité Henri Dunant" herausgenommen werden. Gleichzeitig solle auch der PAP „Quartier Existant" angepasst werden. Die Fläche werde in den PAP QE „Quartier Bâtiments Publics – QBP" integriert, der bereits für die unmittelbar angrenzenden öffentlichen Flächen gelte. Auf diese Weise solle eine kohärente städtebauliche Situation zwischen dem PAG, dem PAP QE und der vorgesehenen Nutzung geschaffen werden.

Bürgermeister De Smet weist ausdrücklich darauf hin, dass mit dieser Änderung keine neue Bauzone geschaffen werde. Die Fläche sei bereits im geltenden PAG als BEP-1 klassiert. Auch die grundlegende Zweckbestimmung dieses Bereichs werde nicht verändert. Vielmehr solle eine bestehende Inkohärenz zwischen dem PAG und dem älteren PAP beseitigt und damit die geplante Nutzung städtebaulich ermöglicht werden. Der betroffene Bereich umfasse eine Bruttofläche von rund 11 Ar. Im Rahmen des gesetzlich vorgesehenen Verfahrens sei am 8. Juli 2026 beim zuständigen Ministerium eine Stellungnahme angefordert worden, um zu prüfen, ob die geplante PAG-Änderung erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben könne und ob eine weitergehende strategische Umweltprüfung erforderlich sei. Mit Schreiben vom 3. September 2026 habe das Ministerium mitgeteilt, dass es die Einschätzung der Gemeinde teile, wonach durch die geplante Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten seien. Ein ausführlicherer Umweltbericht sei daher nicht erforderlich. Im Rahmen des vorgeschriebenen Verfahrens werde zudem eine Informationsversammlung organisiert. Diese finde am 12. Oktober 2026 um 18.30 Uhr im Gemeindehaus statt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Verordnungen

A. Anpassung des internen Organisations- und Betriebsreglements des Service d'Éducation et d'Accueil: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um gezielte Anpassungen der internen Organisations- und Betriebsverordnung des SEA handele. Eine erste Änderung betreffe den sogenannten „Friends Day". Hier werde nun präzisiert, dass dieser während der Schulzeit dienstags und donnerstags von 12:00 bis 16:30 Uhr sowie während der Schulferien entweder von 8:00 bis 14:00 Uhr oder von 12:00 bis 18:00 Uhr angeboten werde. Darüber hinaus werde ausdrücklich festgehalten, dass auch Geschwister von Kindern, deren Eltern sich im Elternurlaub befinden, für den „Friends Day" angemeldet werden können. Obwohl dies bislang nicht entsprechend in der Verordnung vorgesehen gewesen sei, sei diese Regelung bereits bisher in der Praxis angewandt worden. Eine weitere Anpassung betreffe die Sicherheit im neuen SEA „Bei der Gemeng". Da dort eine zugängliche Dachfläche vorhanden sei, werde in der Verordnung nun ausdrücklich festgehalten, dass es strengstens untersagt sei, Steine oder andere Gegenstände vom Dach zu werfen. Bei einem Verstoß gegen diese Regelung komme die in der Verordnung vorgesehene Ausschlussmaßnahme unmittelbar zur Anwendung. Im gleichen Zusammenhang werde auch das Vorgehen bei schwerwiegenderen Disziplinar- oder Verhaltensproblemen klarer geregelt. Grundsätzlich würden die Eltern zunächst zu einem Gespräch mit den Verantwortlichen des SEA eingeladen, um gemeinsam nach einer geeigneten Lösung zu suchen. Bei schwerwiegenden Vorfällen behalte sich die Gemeinde jedoch das Recht vor, einen sofortigen, zeitweiligen oder definitiven Ausschluss auszusprechen. Dies gelte insbesondere dann, wenn das Verhalten eines Kindes die eigene Sicherheit, die Sicherheit anderer Kinder oder diejenige des Personals gefährde oder andere schwerwiegende Folgen haben könne. Die aktualisierte Verordnung solle zum 1. Oktober 2026 in Kraft treten.

Rätin Schares gibt an, dass sie erfreut sei, dass nach den Diskussionen im Gemeinderat vom Juli eine Anpassung in der Verordnung gemacht werden konnte. So können die Geschwister, wenn die Eltern den Elternurlaub beantragt haben, über den „Friendsday" doch auf die Dienste vom SEA zurückgreifen. Sie geht davon aus, dass alle Eltern die Verordnung bereits unterschrieben haben, werde diese nun erneut unterschrieben. Wenn ja, werde man die Änderungen hervorheben.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass erneut unterschrieben werden müsse und man die Eltern auch auf die Änderungen hinweisen werde.

Rätin Schuster schließt sich Rätin Schares in Bezug auf den „Friendsday" an. Sie fragt nach, ob schon durch das Werfen von Steinen Schäden entstanden sind.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass durch das Werfen von Steinen keine Schäden entstanden seien.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Verordnung zur Organisation der Arbeitszeit des Gemeindepersonals: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um mehrere Anpassungen der internen Verordnung über die mobile Arbeitszeit des Gemeindepersonals handele. Eine erste Änderung betreffe den zeitlichen Rahmen der Arbeitszeit. Dieser werde abends von bislang 18:30 Uhr auf 19:00 Uhr verlängert. Entsprechend werde auch das letzte Gleitzeitfenster bis 19:00 Uhr ausgedehnt. Der wesentliche Punkt der Anpassung betreffe die sogenannte Freistellung vom Dienst. Hier sei die bisherige interne Verordnung strenger verfasst gewesen als die gesetzlichen Bestimmungen. Diese Regelung werde nun entsprechend angepasst und die bisher vorgesehene jährliche Obergrenze aufgehoben. Parallel dazu werde auch die zeitliche Regelung für offizielle Empfänge der Gemeinde für das Personal angepasst. Bei einem abendlichen Empfang könne die entsprechende Zeitgutschrift künftig bis 19:00 Uhr berücksichtigt werden. Darüber hinaus werde der Bereich des Homeoffice neu in die Verordnung aufgenommen. Dabei werde auf die separate Verordnung betreffend das Homeoffice verwiesen.

Abschließend weist er darauf hin, dass die Personaldelegation am 10. September 2026 eine positive Stellungnahme zu den vorgesehenen Änderungen abgegeben habe.

Rätin Schares fragt nach, ob viele Termine außerhalb der Öffnungszeiten festgelegt werden.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass hier das Bürgeramt betroffen sei. Jedoch sei die Gemeinde bereits vor 8 Uhr morgens geöffnet und somit werde recht selten ein Termin außerhalb der Öffnungszeiten angefragt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Änderung der Gebührenverordnung betreffend die Abwassergebühr: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um eine Anpassung der Gebührenverordnung handele, mit der eine

klare Regelung für den Fall eines nicht bemerkten Wasserlecks eingeführt werde. Es könne vorkommen, dass durch ein Wasserleck, das von der betroffenen Person zunächst nicht bemerkt werde, der Wasserverbrauch und damit auch die Wasserrechnung außergewöhnlich hoch ausfielen. Dabei müsse jedoch nicht zwangsläufig die gesamte zusätzliche Wassermenge in die Kanalisation gelangt sein. Um den betroffenen Personen in solchen Fällen entgegenzukommen, solle künftig die Möglichkeit vorgesehen werden, dass der Schöffenrat auf Grundlage eines begründeten Antrags eine teilweise Ermäßigung der variablen Abwassergebühr gewähren könne. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt seien.

Bürgermeister De Smet führt aus, dass dafür erstens die betreffende Rechnung deutlich über den beiden vorhergehenden Rechnungen liegen müsse. Konkret müsse eine Erhöhung von mindestens 50 % gegenüber dem Durchschnitt der beiden vorherigen Abrechnungen festgestellt werden. Zweitens müsse sowohl das Vorliegen des Wasserlecks als auch deren Ursache formell festgestellt werden. Dies könne entweder durch das gemeindeeigene Wasserteam oder durch einen zugelassenen Installateur erfolgen. Die Feststellungen müssten zudem in einem Protokoll dokumentiert werden. Drittens dürfe das Leck nicht auf eine Nachlässigkeit, einen Fehler oder eine unsachgemäße Manipulation durch die betroffene Person zurückzuführen sein. Wenn sämtliche Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt seien, könne der Schöffenrat eine Ermäßigung auf der variablen Abwassergebühr gewähren. Auch die Berechnung dieser Ermäßigung werde in der Verordnung klar festgelegt. Sie entspreche der Differenz zwischen der variablen Abwassergebühr, die auf der betroffenen Rechnung berechnet worden sei und dem Durchschnitt der variablen Abwassergebühren der drei letzten Abrechnungen.

Die Regelung werde zudem zeitlich begrenzt. Für dasselbe festgestellte Wasserleck könne eine Ermäßigung für höchstens zwei Rechnungen gewährt werden. Mit dieser neuen Regelung solle den Bürgern in Fällen entgegengekommen werden, in denen ein Wasserleck häufig über einen längeren Zeitraum unbemerkt bleibe und erst bei Erhalt einer ungewöhnlich hohen Rechnung festgestellt werde.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt der Tagesordnung einstimmig an.

D. Anpassung der Verordnung über die Tarife und Einschreibemodalitäten für Erwachsenenkurse: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um die Anpassung der Verordnung über die Tarife und Einschreibemodalitäten für die Erwachsenenkurse handele. Die Modalitäten für die Einschreibung seien angepasst worden, insbesondere im Hinblick auf die Rückerstattung der Einschreibegebühren. Da die Einschreibungen mittlerweile online erfolgen, hätten einzelne Formulierungen der bisherigen Verordnung nicht mehr der aktuellen Vorgehensweise entsprochen und seien entsprechend angepasst worden. Es werde nun ausdrücklich festgehalten, dass eine Einschreibung erst dann definitiv sei, wenn die Zahlung eingegangen sei. Die Einschreibung sei zudem persönlich und könne nicht auf eine andere Person übertragen werden. Die Einschreibegebühr müsse unmittelbar bei der Online-Einschreibung bezahlt werden. Darüber hinaus werde klar geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine Rückerstattung erfolgen könne. Grundsätzlich werde die Einschreibegebühr nicht zurückerstattet. Eine Ausnahme bestehe lediglich dann, wenn die Gemeinde gezwungen sei, einen vollständigen Kurs abzusagen. Falls lediglich eine einzelne Kursstunde ausfalle, beispielsweise aufgrund einer Erkrankung der Kursleitung oder eines anderen Falls höherer Gewalt, werde diese nicht rückerstattet. Die Gemeinde bemühe sich jedoch, die betreffende Kursstunde nach Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

11. Gemeindepersonal

A. Gemeindepersonal: Schaffung von Beamtenstellen

Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um die Schaffung von zwei Beamtenstellen für das Gemeindepersonal handele. Bei der ersten Stelle handle es sich um einen Posten der Laufbahn B1 im administrativen Bereich innerhalb des technischen Dienstes. Die betreffende Person habe die entsprechenden Prüfungen erfolgreich abgelegt und wolle nun in die Laufbahn des Beamten wechseln. Mit der Schaffung der Stelle werde die entsprechende Möglichkeit geschaffen. Die zweite Stelle betreffe ebenfalls den technischen Dienst, sei jedoch in der Laufbahn A1 der wissenschaftlich-technischen Untergruppe angesiedelt. Hier solle ein Ingenieur eingestellt werden, um den technischen Dienst entsprechend zu verstärken.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

12. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Atert handele, die vom 15. September bis zum 31. Dezember 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in A Laangert handele, die vom 31. August bis zum 2. Oktober 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in A Pourpelt handele, die vom 31. August bis zum 2. Oktober 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der Cité am Wenkel handele, die vom 24. August bis zum 30. September 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue des Prés handele, die vom 7. September bis zum 2. Oktober 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Tossenberg handele, die vom 2. September bis zum 18. Dezember 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Leudelange handele, die vom 22. bis zum 24. September 2026 gelte.

B. Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnungen: Bestätigung

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der route de Longwy handele, die vom 31. August bis zum 30. September 2026 gelte und sich auf Höhe der Gebäude n°52 und n°72 befinde.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich auch hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der route de Longwy handele, die vom 11. September bis zum 2. Oktober 2026 gelte und sich auf Höhe des Gebäudes n°51 befinde.

C. Anpassungen der Verkehrsverordnung: Genehmigung

Schöffe Miller gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um Anpassungen der Verkehrsverordnung handele. Die Verlängerung der rue de Luxembourg, auf Höhe des Hauses n°295 sei hier betroffen. Hier werde der Kraftwagenverkehr in beide Richtungen verboten sowie auch ein Parkverbot auf beiden Straßenseiten verhängt. In der rue Atert werde eine Schulbushaltestelle eingerichtet. Auf dem Parkplatz "Bouwegaass", der sich hinter den neuen Lokalen befindet, könne man sein Auto von montags bis freitags zwischen 8 und 18 Uhr für maximal eine Stunde abstellen, unter Verwendung einer Parkscheibe. Auf dem Parkplatz vor der SEA werden zwei Parkplätze zu verschiedenen Uhrzeiten für Lieferungen gesperrt. Dies sei montags bis freitags, von 6 Uhr morgens bis 11.30 Uhr und von 14.00 bis 16.00.

13. Verschiedenes

A. Hilfe für die Betroffenen in Nepal

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um die Unterstützung der von der schweren Naturkatastrophe in Nepal betroffenen Menschen handele. Im August 2026 habe eine schwere Naturkatastrophe große Teile der betroffenen Region zerstört. Nach dem aktuellen Stand seien mehr als 1.400 Menschen ums Leben gekommen, während weiterhin über 5.000 Personen als vermisst gelten würden. Tausende Menschen seien verletzt worden und hätten infolge der Katastrophe ihre Häuser oder ihre Lebensgrundlage verloren. Vor diesem Hintergrund schlage der Schöffenrat dem Gemeinderat vor, 5.000 Euro an "Médecins sans frontières" zu spenden, um die betroffenen Menschen und die humanitären Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung: 11.30

LE CONSEIL COMMUNAL

DP



Youri De Smet *(bourgmestre)*



Marc Lang *(échevin)*



Frank Colabianchi *(conseiller)*



Monique Smit-Thijs *(conseillère)*



Francine Moro Oliveira Costa *(conseillère)*



Nadine Philippe *(conseillère)*



Mariette Gallmeister *(conseillère)*

Déi Gréng



Roger Miller *(échevin)*



Stefan Glober *(conseiller)*

CSV



Nadine Schares *(conseillère)*



Marc Rauchs *(conseiller)*



Marie-Paule Schroeder *(conseillère)*

LSAP



Yolande Schuster *(conseillère)*

PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 23 SEPTEMBRE 2026 À 8H30

Présents :

DP
Youri DE SMET (bourgmestre)
Marc LANG (échevin)
Frank COLABIANCHI (conseiller)
Monique SMIT-THIJS (conseillère)
Nadine PHILIPPE (conseillère)
Mariette GALLMEISTER (conseillère)

déi gréng
Roger MILLER (échevin)
Stefan GLOBER (conseiller)

CSV
Nadine SCHARES (conseillère)
Marc RAUCHS (conseiller)
Marie-Paule SCHROEDER (conseillère)

LSAP
Yolande SCHUSTER (conseillère)

Georges FRANCK (secrétaire communal)

Excusé : Francine MORO (conseillère/DP, procuration de vote à M. le bourgmestre De Smet quant aux points 1-2 ; 4-5 ; 7-13)

ORDRE DU JOUR

En séance publique :

01. | Tableau de préséance
02. | Approbation de l'ordre du jour

En séance à huis clos :

03. | Affaires du personnel
A. SEA : démissions d'employés communaux
B. SEA : engagement d'un employé communal
C. Personnel communal : engagement d'un employé communal
D. Personnel communal : promotion d'un fonctionnaire communal

En séance publique :

04. | Informations et correspondance
05. | Contrats et actes notariés
A. Contrats de bail pour des logements abordables : approbation
B. Contrat de bail commercial – Immeuble « Beim Schlass » : approbation
C. Contrat de bail d'une station de mobilophonie : approbation
D. Avenant au contrat de bail pour un projet d'installation photovoltaïque au sol : approbation
E. Contrat de mise à disposition d'emplacements pour l'implantation des infrastructures de charge pour véhicules électriques et hybrides : approbation
F. Contrat de fourniture de chaleur – BHKW : approbation
G. Acte notarié de vente : approbation
06. | Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange
A. Commission administrative : remplacement de trois membres
07. | Finances
A. Compte administratif et comte de gestion 2024 : approbation
B. Modifications budgétaires 2026 : approbation
C. Don Wantermaart 2025 : approbation
D. Subside relatif au Public Viewing : approbation
08. | Projets
A. Devis relatif au projet d'aménagement d'un jardin climatique : approbation
B. Vote d'un crédit spécial supplémentaire pour l'aménagement d'un jardin climatique : approbation
09. | Urbanisme
A. Modification ponctuelle du PAG « Cité Henri Dunant » : mise en procédure
10. | Règlements
A. Adaptation du règlement de fonctionnement interne d'organisation du Service d'Education et d'Accueil : approbation

B. Règlement relatif à l'organisation de l'horaire de travail du personnel communal : approbation
C. Modification du règlement-taxe concernant la redevance d'assainissement : approbation
D. Adaptation du règlement relatif aux tarifs et modalités d'inscription aux cours pour adultes : approbation

11. | Personnel communal
A. Personnel communal : création de postes de fonctionnaires communaux

12. | Circulation
A. Règlements de circulation d'urgence à caractère temporaire : confirmation
B. Règlements de circulation à caractère temporaire : confirmation
C. Avenants au règlement de circulation : approbation

13. | Divers
A. Aide aux sinistrés au Népal

En séance publique :

01. Tableau de présence

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que Guy Weirich a démissionné du conseil municipal le 24 juillet 2026. Marie-Paule Schroeder lui succède au sein du conseil municipal et a prêté serment le 16 septembre 2026. Il en résulte le nouvel ordre de préséance des membres du conseil municipal ; à savoir :

Rang	Nom et prénom	Date d'entrée
01	COLABIANCHI Frank	18.01.1990
02	SMIT-THIJS Monique	06.02.2009
03	LANG Marc	05.02.2015
04	DE SMET Youri	15.11.2017
05	MILLER Roger	15.11.2017
06	SCHARES Nadine	04.10.2021
07	MORO-OLIVEIRA COSTA Francine	29.04.2022
08	RAUCHS Marc	04.07.2023
09	SCHUSTER Yolande	04.07.2023
10	PHILIPPE Nadine	17.09.2024
11	GALLMEISTER Mariette	17.09.2025
12	GLOBER Stefan	22.10.2025
13	SCHROEDER Marie-Paule	16.09.2026

Monsieur le bourgmestre De Smet donne la parole à Madame la conseillère Schroeder afin qu'elle puisse se présenter brièvement.

Madame la conseillère Schroeder remercie Monsieur le bourgmestre De Smet de lui avoir donné la parole.

Elle s'appelle Marie-Paule Schroeder, a 60 ans et est à la retraite depuis environ cinq mois. Aînée d'une fratrie de quatre enfants, elle a grandi à Bertrange, où ses parents tenaient une ferme, à Oppert – dans l'actuelle rue des Champs. C'est également ici, à Bertrange, qu'elle a fréquenté l'école maternelle et l'école primaire, avant d'intégrer le lycée Michel Rodange.

Son parcours l'a directement conduite dans le monde du travail, à la Banque Générale. Le contact avec les gens lui tenant particulièrement à cœur, elle a toujours occupé des fonctions en contact direct avec la clientèle. Elle a travaillé pendant plus de 20 ans à l'agence de Mamer, dont dix ans en tant que directrice adjointe. Elle a ensuite dirigé pendant six ans l'agence de Junglinster.

Se spécialisant de plus en plus dans la clientèle d'entreprises, elle a pris en 2015 la direction du Centre d'Affaires Entreprises – Ouest à Strassen, avant de rejoindre Kirchberg en 2021, où elle a pris la tête du Centre d'Affaires Entreprises Luxembourg.

Elle est à la retraite depuis avril de cette année. Outre ses activités professionnelles, elle a trouvé un bon équilibre dans ses différents loisirs : Elle adore jardiner, cultiver des fruits et des légumes et profiter de la beauté de la nature, que ce soit dans son jardin, lors de promenades et de randonnées à travers les champs ou en vacances.

Madame la conseillère Schroeder précise qu'elle est membre de la chorale Ste Cécile de Bertrange depuis plus de 40 ans et qu'elle en est la présidente depuis 2004. Outre le fait de chanter ensemble, elle apprécie particulièrement les contacts avec des personnes d'origines et de nationalités différentes.

Depuis 2013, elle est également présidente des Œuvres paroissiales de Bertrange. Sous sa présidence, un projet de logements sociaux comprenant 34 appartements a vu le jour entre 2021 et 2024, destiné aux personnes et aux associations qui ont du mal à trouver un logement sur le marché immobilier classique.

Elle s'intéresse à la politique locale depuis sa jeunesse. Elle a suivi pendant de nombreuses années l'évolution de Bertrange, qui est passé d'un village à une commune moderne. En 2005, elle s'est présentée pour la première fois aux élections municipales sous les couleurs du CSV et s'est depuis engagée au sein de différentes commissions communales.

En tant que conseillère municipale, elle souhaite œuvrer pour le développement positif de la commune et le bien-être de tous les habitants. Elle accorde une importance particulière à la bonne cohabitation et aux associations locales, qui apportent une contribution essentielle à l'intégration et à la vie sociale et qui doivent donc bénéficier du meilleur soutien possible.

Madame la conseillère Schroeder souligne qu'un autre point important est la construction de logements abordables ; tout le monde sait que Bertrange est l'une des communes où le coût du logement est le plus élevé. Elle estime donc qu'il est important, en tant qu'élue communale, de veiller à ce qu'il y ait suffisamment de logements abordables disponibles à Bertrange ; les jeunes doivent eux aussi pouvoir continuer à vivre à Bertrange et les ménages socialement défavorisés doivent pouvoir y trouver un toit. Le respect de la nature et de l'environnement constitue un autre point important. Le principe de durabilité doit guider toutes les décisions ; nous n'avons qu'une seule Terre et une seule nature, qu'il faut préserver, protéger et léguer en bon état aux générations futures. Depuis son enfance, elle a pu observer et expérimenter, à la ferme de ses parents, ce que signifie travailler en harmonie avec les animaux et la nature, et qu'il n'y a que des avantages à ce que la nature se porte bien. Cette expérience et la joie qu'elle éprouve elle-même à travailler dans la nature la poussent à vouloir s'engager ici aussi, lors des débats au sein du conseil municipal, en faveur de la protection de la nature et du climat.

Pour conclure, la conseillère Schroeder tient à remercier son prédécesseur, Guy Weirich. Guy a accompli pendant des années un excellent travail pour le CSV au sein du conseil communal ; il était toujours parfaitement préparé, débordait d'idées et apportait des propositions concrètes. Ses interventions étaient structurées et allaient droit au but, toujours étayées par des exemples tirés de la pratique. La barre est désormais placée très haut et elle fera de son mieux en prenant sa succession. Elle assure qu'elle est motivée pour œuvrer au bien de la commune et de tous ses habitants, et pour faire en sorte que Bertrange soit un village agréable où il fait bon vivre. Elle souhaite une bonne collaboration, des débats enrichissants et constructifs, ainsi que des relations collégiales entre les uns et les autres, même lorsque les opinions divergent.

02. Approbation de l'ordre du jour

Monsieur le bourgmestre De Smet demande aux conseillers communaux s'ils approuvent l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à l'unanimité.

En séance à huis clos :

03. Personnel communal

A. SEA : démissions d'employés communaux

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

B. SEA : engagement d'un employé communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

C. Personnel communal : engagement d'un employé communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

D. Personnel communal : promotion d'un fonctionnaire communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

En séance publique :

04. Informations et correspondance

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que la résiliation de contrat de trois employées du SEA a été approuvé en séance à huis clos. Les employées concernées ont été remerciées pour le travail accompli. À l'avenir, elles travailleront soit dans un établissement d'enseignement secondaire, soit dans une école primaire, soit à un poste plus proche de leur domicile. Leo Loos a été nommé nouveau collaborateur au sein du service des recettes communales et viendra renforcer cette équipe. Par ailleurs, un éducateur a également été recruté pour le SEA et la promotion de Jasmine Stahr du grade 12 au grade 13 a été décidée.

Par ailleurs, Monsieur le bourgmestre De Smet indique qu'un point de la séance à huis clos a porté sur l'annulation par le ministère d'une décision antérieure accordant une réduction d'un mois de la période de service provisoire. Lors du calcul de la durée de service prise en compte, les activités d'une durée inférieure à quatre mois ne doivent pas être prises en considération. Pour cette raison, il n'est pas possible d'accorder à la personne concernée une réduction de sa période de service provisoire.

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que :

- Les statuts de l'association « Unread » sont disponibles. L'association a pour objectif d'accompagner et de soutenir, sur le plan organisationnel et matériel, le groupe de musique « Unread » lors de ses répétitions et de ses concerts.

- Le rapport annuel 2025 du Syvicol est également disponible. Ce syndicat défend les intérêts des communes luxembourgeoises et constitue un interlocuteur important du gouvernement pour toutes les questions relatives au secteur communal. Il prend notamment position sur les projets de loi et de règlement et s'engage en faveur de l'autonomie communale et des intérêts des communes. Le rapport annuel montre qu'en 2025 également, un grand nombre de dossiers importants ont été traités. Celles-ci concernaient notamment les domaines de l'aménagement du territoire communal, de la construction de logements, de l'eau, de l'environnement, de la police, de l'enseignement musical et des finances publiques. Par ailleurs, le SYVICOL a été actif aux niveaux national, européen et international et a organisé diverses formations continues et séances d'information à l'intention des élus locaux. Le rapport offre ainsi un aperçu complet des activités et des priorités du SYVICOL en 2025.

À ce jour, le nombre de résidents est de 9.801.

L'encaisse communale s'élève à 29,7 millions d'euros.

05. Contrats et actes notariés

A. Contrat de bail pour des logements abordables : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne l'approbation de deux baux pour des logements abordables. Les appartements en question auraient été acquis à la fin de l'année dernière dans le cadre d'un achat « sur plan » et se trouveraient dans la Cité Pourpelt. Ils ont tous les deux été achevés au cours de l'été et peuvent désormais être mis en location. Il s'agit dans les deux cas d'appartements comprenant deux chambres, deux salles de bains, un séjour avec cuisine, un balcon, une cave ainsi qu'une place de parking. La surface habitable est d'environ 84 m² pour chacun d'entre eux. Les deux baux sont soumis aux dispositions de la loi sur le logement abordable et ont été conclus pour une durée indéterminée.

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que le loyer mensuel du premier appartement a été fixé à 367 euros. Le bail prendra effet le 1er octobre 2026. Les charges mensuelles s'élèvent à 285 euros. L'appartement sera occupé par une mère célibataire et son fils, qui résident déjà dans la commune. Pour le deuxième appartement, un loyer mensuel de 514,33 euros a été fixé. Le bail prendra effet le 1er décembre 2026. Les charges mensuelles s'élèvent également à 285 euros. L'appartement sera occupé par une mère célibataire et sa fille, qui résident actuellement également à Bertrange. Pour les deux appartements, le loyer est fixé conformément aux dispositions légales relatives au logement abordable. Le contrat de location prévoit en outre une révision annuelle du loyer si la situation du ménage venait à changer de manière significative, par exemple en raison d'une modification de la composition du ménage ou des revenus. Les logements doivent servir de résidence principale. La sous-location n'est pas autorisée. Les contrats précisent en outre les droits et obligations des locataires ainsi que de la commune en sa qualité de bailleur social. Dans les deux cas, une caution équivalente à deux mois de loyer a été versée.

Monsieur le bourgmestre De Smet tient à souligner qu'il ne suffit pas de se contenter de parler de logements abordables, mais qu'il faut également mettre concrètement des logements à disposition. La conclusion de ces deux baux permet à des ménages de vivre à Bertrang à des conditions équitables. Dans un contexte où le logement reste un défi majeur, la commune assume ainsi ses

responsabilités et exploite les possibilités existantes pour apporter des solutions concrètes.

Monsieur le conseiller Rauchs demande si un état des lieux a été effectué.

Monsieur le bourgmestre De Smet le confirme. Il s'agit par ailleurs de premières occupations.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Contrat de bail commercial – Immeuble « Beim Schlass » : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne l'approbation d'un bail commercial pour un local situé dans l'immeuble « Beim Schlass ». Un appel à candidatures avait été lancé au préalable. Monsieur Trevor Downes a été sélectionné sur la base des critères définis. Le local dispose d'une superficie d'environ 69 m² ainsi que d'une place de stationnement. Ces locaux sont destinés à accueillir des activités de remise en forme, notamment sous forme d'entraînements individuels et collectifs. L'usage prévu a été expressément stipulé dans le bail, qui a été conclu pour la période allant du 1er novembre 2026 au 31 octobre 2035, soit pour une durée minimale de neuf ans. Le locataire se voit accorder la possibilité de résilier le bail à la fin de chaque période de trois ans, selon les conditions fixées dans le contrat. Afin de faciliter le démarrage de son activité, le locataire est exonéré de loyer pendant les trois premiers mois. À compter du 1er février 2027, le loyer mensuel pour les locaux et la place de stationnement est fixé à 2 040,85 euros. À cela s'ajoute une avance mensuelle sur les charges d'un montant de 123,23 euros. Le loyer sera indexé conformément aux dispositions du contrat de location. Monsieur le bourgmestre De Smet souligne que les locaux communaux sont activement utilisés et apportent une valeur ajoutée à la vie du village. Cette nouvelle activité vient élargir l'offre en matière de sport et d'activité physique à Bertrange. Il précise en outre que de nombreux habitants profitent d'ores et déjà de ces prestations.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

C. Contrat de bail d'une station de mobilophonie : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de l'approbation d'un contrat de location entre la commune de Bertrange et Orange en vue de l'installation d'une station de mobilophonie dans l'église. Les antennes doivent être installées dans le clocher. Les équipements techniques nécessaires à cet effet, ainsi que le raccordement au réseau électrique et au réseau de fibre optique, font partie intégrante du projet. L'installation est prévue pour les technologies actuelles et futures, notamment la 4G et la 5G. Le contrat de location sera conclu dans un premier temps pour une durée de six ans, puis renouvelé automatiquement pour des périodes de quatre ans, à moins qu'il ne soit résilié par l'une des parties contractantes moyennant un préavis de douze mois. Le contrat de location entrera en vigueur dès le début des travaux d'installation. En contrepartie de cette utilisation, Orange versera à la commune un loyer annuel de 1 500 euros. Les frais d'électricité liés à l'installation seraient entièrement pris en charge par Orange. L'installation, l'entretien ainsi que les réparations nécessaires des équipements techniques seraient également effectués aux frais de l'opérateur. L'installation se trouvant à l'intérieur de l'église, l'accès aux équipements serait également clairement réglementé. Toute demande d'accès devrait être adressée au préalable à la commune. L'accès serait coordonné par la commune avec le curé, afin de ne pas perturber les activités de l'église. Lors de chaque intervention, le personnel autorisé doit être accompagné par un représentant de la commune.

La conseillère Schares souhaite savoir si tout le matériel technique nécessaire se trouvera dans le clocher.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que tout sera installé dans le clocher et qu'aucune installation ne se trouvera à l'extérieur.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Avenant au contrat de bail pour un projet d'installation photovoltaïque au sol : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de l'approbation d'un deuxième avenant au contrat de location conclu en novembre 2021 entre la commune et la société « Solarpark Bartreng ». Ce contrat porte sur la construction et l'exploitation de l'installation photovoltaïque au sol située rue de Dippach. Une première modification concernant les coûts du poste de transformation avait déjà été signée en novembre 2024. La deuxième modification, qui fait désormais l'objet de la présente décision, vise à prolonger de cinq ans la durée initialement prévue du contrat. La durée serait ainsi portée de 20 ans initialement à 25 ans au total. Au moment de la conclusion du contrat d'achat d'électricité (PPA) fin 2021, le prix de l'électricité avait été jugé avantageux au regard de l'évolution des marchés de l'énergie à l'époque. Les prévisions de l'époque laissaient entrevoir des prix de l'électricité d'environ 20 centimes par kWh pour les années à venir.

Le maire De Smet précise que la centrale fonctionne bien et qu'elle a, par exemple, produit environ 1 100 MWh d'électricité en 2025. Environ 68 % de l'énergie produite est consommée par la commune elle-même, tandis que la production excédentaire est injectée dans le réseau. Le fait que de l'électricité excédentaire soit produite et injectée dans le réseau, en particulier pendant les mois d'été, avait déjà été pris en compte lors de la planification et constitue en principe une situation typique pour les installations photovoltaïques. Une évolution qui était moins prévisible au moment de la conclusion du contrat d'achat d'électricité (PPA) a été le fort développement du photovoltaïque aux niveaux européen et national. Ce développement a entraîné une stabilisation des prix de l'énergie, ce qui rend aujourd'hui le prix convenu moins compétitif. Parallèlement, l'injection croissante d'électricité solaire excédentaire, en particulier pendant les mois d'été, a entraîné une charge croissante sur le réseau électrique. Certains jours, cela a donc donné lieu à ce que l'on appelle des « prix négatifs », c'est-à-dire des coûts liés à l'injection dans le réseau. Cette évolution s'explique par le fonctionnement du marché libéralisé de l'électricité, où une offre importante peut se heurter à une demande simultanément faible. Avec la poursuite du développement du photovoltaïque, il faut s'attendre à ce que de telles situations se produisent plus fréquemment, en particulier pendant les mois d'été. Un nombre croissant d'installations pourrait entraîner une nouvelle augmentation de la production d'électricité à des moments où la demande est relativement faible.

Monsieur le bourgmestre De Smet poursuit en indiquant que, globalement, on constate que les conditions-cadres ont changé depuis la conclusion du contrat PPA initial. Alors que le prix de l'électricité convenu est aujourd'hui supérieur au prix actuel du marché, l'électricité excédentaire injectée dans le réseau est parfois rémunérée à un tarif moins avantageux. Dans le même temps, il convient de noter que, sur l'ensemble de l'année, l'installation continue de générer un apport positif au réseau et constitue, à long terme, un actif pour la commune. Dans ce contexte, différentes solutions ont été examinées afin d'optimiser à la fois les coûts de l'électricité achetée et la problématique de la production excédentaire. Dans un premier temps, la durée du contrat devrait être prolongée de cinq ans. En contrepartie, le prix du kilowattheure acheté serait réduit. De plus, il est prévu de mettre en place ce qu'on appelle un « Sharing Point ». Cela permettrait de transférer une partie de l'électricité produite aux entreprises locales. La gestion de ce dispositif serait assurée par Enovos. De cette manière, la quantité d'énergie excédentaire serait réduite tout en obtenant une meilleure rémunération pour l'électricité ainsi transférée.

Monsieur le conseiller Glober souhaite savoir si l'on connaît déjà le prix auquel l'électricité sera alors revendue.

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que les analyses sont toujours en cours et qu'il n'est pas encore possible de donner un prix définitif. Toutefois, celui-ci devrait être plus attractif qu'auparavant.

Monsieur le conseiller Rauchs demande s'il n'est pas prévu d'alimenter des batteries.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il faut encore laisser passer un peu de temps avant de pouvoir s'attaquer à cette question.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

E. Contrat de mise à disposition d'emplacements pour l'implantation des infrastructures de charge pour véhicules électriques et hybrides : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne l'approbation d'un accord entre SWIO et les communes de Bertrange et de Strassen relatif à l'installation et à l'exploitation d'une infrastructure de recharge pour véhicules électriques et hybrides dans la zone d'activité de Bourmicht. Le terrain concerné étant situé à la frontière entre Bertrange et Strassen, l'accord sera conclu conjointement par les deux communes. SWIO est chargée de l'installation et de l'exploitation des bornes de recharge, tandis que les communes mettent à disposition les places de stationnement nécessaires à cet effet. L'ensemble des coûts liés à l'installation de l'infrastructure ainsi qu'à son exploitation, à sa gestion et à son entretien technique sont pris en charge par SWIO. Les frais d'électricité liés à l'exploitation de l'infrastructure sont également à la charge de SWIO. L'accord est conclu pour une durée initiale de dix ans à compter de la mise en service de la première borne de recharge. À moins d'une résiliation, il sera ensuite automatiquement prolongé d'une année supplémentaire à chaque fois. En contrepartie de la mise à disposition des places de stationnement, SWIO verse à chaque commune une redevance mensuelle de 50 euros par place. La mise en place de cette infrastructure de recharge constitue une nouvelle avancée concrète dans la promotion de la mobilité électrique, y compris dans les zones d'activité. C'est précisément dans une zone d'activité, où de nombreuses personnes travaillent et se déplacent quotidiennement, qu'une infrastructure de recharge performante et facilement accessible revêt une importance croissante. Il convient également de souligner que cette infrastructure peut être développée sans que les coûts d'investissement, d'exploitation et d'énergie associés ne soient à la charge de la commune. Il est prévu d'installer une borne de recharge rapide de 180 kW en courant continu (DC) avec deux points de recharge. La borne de recharge est déjà installée et en service.

Le conseil municipal adopte ce point à l'unanimité.

F. Contrat de fourniture de chaleur – BHKW : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne l'approbation d'un contrat relatif à la fourniture de chaleur via le réseau de chauffage urbain. Les nouveaux habitants se sont vu proposer le même contrat que les autres foyers déjà raccordés, qu'ils ont également signé. Celui-ci a été signé par les personnes concernées.

Ce point est adopté à l'unanimité.

G. Acte notarié de vente : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne l'approbation d'un acte de vente notarié, qui revêt une importance pour le projet de passerelle prévu. L'objet de cet acte de vente était l'acquisition d'un terrain appartenant à la Croix-Rouge. Ce terrain est situé le long de la voie ferrée et permet d'améliorer le tracé ainsi que d'optimiser les flux de circulation et de piétons aux abords de la passerelle prévue. Au total, le terrain s'étend sur un peu plus de 13 ares. Un montant de 19 740 euros sera versé pour cette acquisition, ce qui correspond à un prix de 1 500 euros par are. La commune s'engage à installer une clôture métallique ainsi qu'un brise-vue végétalisé sur le terrain acquis. Monsieur le bourgmestre De Smet remercie la Croix-Rouge pour sa simplicité dans la conduite des démarches et sa collaboration constructive, qui ont permis de parvenir rapidement à un accord. L'acquisition de ce terrain permettra d'optimiser davantage le projet de passerelle et de créer un itinéraire supplémentaire dont bénéficieront notamment les cyclistes.

Le conseil municipal adopte ce point à l'unanimité.

06. Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange

A. Commission administrative : remplacement de trois membres

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne le renouvellement de trois membres de la commission administrative du CPA. Leur mandat arrive à échéance à la fin de l'année. Un appel à candidatures a donc été publié dans le bulletin municipal, invitant les personnes intéressées à déposer leur candidature. Six candidatures ont été reçues dans les délais impartis ; une autre candidature a été déposée après le 13 septembre. Au nom du conseil communal et en son nom propre, il tient à remercier René Kitzler pour son engagement de longue date au sein de la commission administrative. Ce dernier n'a pas déposé de nouvelle candidature.

Pour pourvoir les trois sièges vacants, il propose d'élire Madame Anny Pletgen-Schneider, Madame Yolande Haas-Hoffmann et Monsieur Armand Vesque, qui sont ensuite élus à l'unanimité par le conseil municipal.

07. Finances

A. Compte administratif et compte de gestion 2024 : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne le compte administratif et le compte de gestion 2024. Dans le budget ordinaire 2024, les recettes s'élèvent à 70,4 millions d'euros, contre des dépenses de 51,4 millions d'euros, ce qui se traduit par un excédent de 18,9 millions d'euros. Dans le budget extraordinaire 2024, on enregistre 2,1 millions d'euros de recettes contre 23,8 millions de dépenses, ce qui se traduit par un déficit de 21,6 millions d'euros. Combiné aux recettes de l'année 2023, cela donne donc un excédent définitif de 18,8 millions d'euros. Dans le cadre de la clôture de l'exercice budgétaire 2024, le compte de gestion et le compte administratif ont été contrôlés par le ministère de l'Intérieur, comme le prévoit la loi. Le 18 août 2026, le rapport de contrôle correspondant du ministère, assorti de trois remarques, a été transmis à la commune et celle-ci a été invitée à prendre position à ce sujet. Le compte, ainsi que le rapport de contrôle et la prise de position du conseil des échevins, sont disponibles. Il souhaite aborder les trois points essentiels du rapport de contrôle.

Premièrement, les subventions accordées au titre des prêts au logement du personnel communal ont été abordées. Le ministère a constaté que, dans plusieurs

dossiers, des pièces manquaient ou n'étaient pas complètes. Ces remarques ont été prises en compte. Le service compétent complétera a posteriori les dossiers concernés et veillera davantage à l'avenir à ce que toutes les demandes soient complètes et conformes aux dispositions légales et réglementaires en vigueur.

Deuxièmement, le jour de congé supplémentaire accordé au personnel communal dans le cadre de la « Braderie » a été abordé. Sur ce point, le collège échevinal adopte une interprétation juridique différente de celle du rapport de contrôle du ministère. Il est expressément précisé qu'il ne s'agit ni d'un jour férié ni d'une fermeture collective de la commune. La commune reste ouverte normalement ce jour-là et le fonctionnement des différents services est assuré. Le jour de congé en question peut être pris, en tenant compte des besoins du service, soit le jour de la braderie, soit un autre jour au cours de l'année. Le ministère fait valoir, en revanche, que le nombre de jours de congé des fonctionnaires et des agents est fixé par la réglementation et que les autorités communales ne peuvent y déroger. Le collège échevinal fonde toutefois sa position sur l'article 26, point 4, du règlement grand-ducal du 21 octobre 1987. Selon cette disposition, le collège échevinal peut fixer des jours de congé compensatoire collectifs et déterminer à quelles catégories de fonctionnaires ceux-ci s'appliquent. Du point de vue du collège échevinal, il convient donc de faire la distinction entre le congé annuel ordinaire et un congé compensatoire. Il souligne en outre qu'il ne s'agit pas ici d'une nouvelle pratique. Celle-ci remonte à une décision formelle du collège échevinal du 11 avril 1989 et est appliquée sans interruption depuis lors. Le jour en question est donc accordé depuis près de quatre décennies sur la base d'une décision officielle. Par ailleurs, l'égalité de traitement de l'ensemble du personnel communal est une priorité. Étant donné qu'un jour supplémentaire correspondant est également prévu dans le cadre de la convention collective pour les ouvriers et le personnel du service de conciergerie, il convient d'éviter toute inégalité de traitement entre les différents groupes de personnel. Pour ces raisons, le collège échevinal maintient sa position selon laquelle l'octroi de ce jour supplémentaire relève de sa compétence réglementaire et ne doit donc pas être considéré comme un jour de congé dépourvu de fondement légal ou réglementaire.

Troisièmement, des remarques ont été formulées concernant les appels d'offres publics. Deux prestations de services ont été abordées à cet égard. Les décisions correspondantes – l'une concernant le transport scolaire et l'autre l'installation d'une scène dans le cadre de « Absolut Bartreng » – ont entre-temps été prises. Il est toutefois clairement précisé qu'aucune procédure d'appel d'offres n'a été menée pour ces prestations en 2024. Les procédures de mise en concurrence correspondantes ont été mises en place à partir de 2026.

Madame la conseillère Schares demande si ce contrôle a lieu chaque année. Vérifie-t-on alors tout de fond en comble ou examine-t-on seulement certains points au hasard ? Concernant le premier point, il n'y a pas grand-chose à ajouter : l'erreur est humaine et peut arriver. Concernant le deuxième point, elle tient à faire remarquer que, puisque l'avis du collège échevinal a été rendu, le ministère peut-il infirmer cette décision ? En ce qui concerne les appels d'offres, elle souhaite savoir pourquoi ceux-ci n'ont pas été lancés.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que ce contrôle a lieu chaque année. En principe, tout est examiné, mais il y a toujours plusieurs axes prioritaires qui font l'objet d'une analyse plus approfondie. On est tenu de lancer des appels d'offres. En ce qui concerne la scène du festival de musique, il est difficile de lancer un appel d'offres à l'avance, car on ne peut pas savoir de quoi les artistes programmés auront besoin en matière de technique et d'éclairage. Quant au jour de congé supplémentaire, le pire qui puisse arriver serait que le ministère bloque les comptes. Mais ce n'est pas à l'ordre du jour pour l'instant.

Madame la conseillère Schuster fait remarquer que ce contrôle s'apparente à un audit. Étant donné qu'il y a de fortes chances que ces trois points fassent à nouveau l'objet d'un contrôle l'année prochaine, il serait nécessaire de fournir l'intégralité des documents pertinents. A-t-on lancé un appel d'offres pour les amendes ?

Monsieur le bourgmestre De Smet le confirme. Au cours des dernières années, l'instance de contrôle n'a formulé que très peu de remarques.

Monsieur le conseiller Colabianchi ajoute que ces contrôles existent depuis des années et qu'ils ont toute leur raison d'être. Les finances communales doivent être gérées de manière rigoureuse et tout abus doit être évité. Il s'agit d'une mission importante.

Le conseil communal approuve à l'unanimité le compte de gestion.

Ce conseil communal approuve le compte administratif par 7 voix pour (DP), 2 abstentions (déi gréng) et 4 voix contre (CSV, LSAP).

B. Modifications budgétaires 2026 : approbation

Monsieur l'échevin Lang précise qu'il s'agit ici de modifications apportées au budget 2026. Ces ajustements concernent en grande partie le budget ordinaire. Des virements ont été effectués sur différents postes budgétaires. Il souhaite mettre l'accent sur un poste en particulier. Ainsi, le budget alloué au service de nettoyage du SEA n'était prévu que pour quatre mois ; il faudrait désormais l'augmenter de 120 000 euros afin de garantir ce service pendant toute l'année.

La conseillère Schares souhaite savoir pourquoi, dans le budget participatif, le montant doit être augmenté de 50 000 euros pour atteindre 100 000 euros, soit la somme initialement prévue.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'au cours de l'année, des fonds supplémentaires ont été nécessaires pour un autre poste budgétaire et que cette somme a alors été prélevée sur le poste du budget participatif. Celui-ci est désormais rétabli au montant initialement fixé.

Madame la conseillère Schares demande également où en est le poste budgétaire concernant les activités sportives pour le personnel communal. Elle ne l'a pas trouvé tel quel dans le budget. Elle souhaite par ailleurs savoir pourquoi l'accompagnement du SEA devient plus coûteux.

Monsieur l'échevin Lang explique qu'il s'agit là d'une nouveauté. Le collège échevinal a décidé de proposer une fois par semaine un cours de fitness au personnel communal, qui est d'ailleurs très motivé sur le plan sportif. En ce qui concerne l'accompagnement, il s'agit de la rémunération versée aux associations qui se chargent de cet accompagnement. Le budget sera également ramené à son montant initial.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Don Wantermaart 2025 : approbation

Monsieur l'échevin Lang explique qu'il s'agit, sur ce point, d'un don provenant des recettes du « Wantermaart ». Une somme de 1 700,50 euros sera versée à l'association « Lëtzebuerger Déiereschutzliga asbl ».

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

D. Subside relatif au Public Viewing : approbation

Monsieur l'échevin Lang précise qu'il s'agit, sur ce point, d'un don lié à la retransmission publique. Une somme de 500 euros sera versée à la maison des jeunes de Bertrange.

Ce point est adopté à l'unanimité.

08. Projets

A. Devis relatif au projet d'aménagement d'un jardin climatique : approbation



Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne le devis pour l'aménagement du nouveau jardin climatique, la « Bartrenger Klimaoas ». Ce jardin climatique devrait voir le jour sur une parcelle d'environ 26 ares située entre la rue Schauwenburg et la rue de Dippach. Actuellement, ce terrain est principalement constitué d'une prairie tondue régulièrement, parsemée de quelques arbres existants. Autrefois, il y avait là une aire de jeux. Plutôt que d'y réaménager une aire de jeux classique, le choix a été délibérément fait de créer un lieu plus calme, où la nature occupe une place centrale et qui invite à la détente et au recueillement. Ce projet vise à établir un lien entre la nature, l'adaptation au changement climatique, la biodiversité, l'apprentissage et la vie en communauté. Le concept a été élaboré en collaboration avec la société germano-suisse « Erlebnisplan », qui a notamment déjà aménagé des aires de jeux et des sentiers thématiques à Serfaus. Des acteurs locaux et les services communaux ont toutefois également été associés à son développement. Ainsi, SICONA, le garde forestier, les « Amis de la Fleur » ainsi que l'équipe de jardiniers de la commune ont participé à l'élaboration du concept. Le thème directeur retenu est « De la racine à la fleur ». Le jardin doit évoluer au fil des saisons, rester vivant et être activement découvert et utilisé par les habitants. Il ne s'agit donc pas de créer un parc classique, destiné exclusivement à l'esthétique, mais un lieu où l'on puisse découvrir la nature tout en acquérant des connaissances sur le climat et l'environnement. Le jardin climatique doit être accessible à différentes générations : enfants, adultes et seniors.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que le jardin climatique sera divisé en cinq zones distinctes. La première zone constituera l'entrée, où sera aménagé une sorte de « salon vert ». Cet espace est destiné à inviter les visiteurs à s'installer et à s'attarder, tout en marquant la transition entre l'espace public et l'oasis climatique. Dans la deuxième zone, l'accent sera mis sur la communauté et la participation active. Des plates-bandes communautaires sous forme de plates-bandes surélevées y sont prévues, destinées à inciter à planter, expérimenter et travailler ensemble. Un sentier pieds nus viendra compléter cet espace. La troisième zone sera aménagée en zone dédiée à la nature et à la biodiversité. On y optera délibérément pour un aménagement plus proche de la nature, laissant davantage de place à celle-ci. Sont notamment prévus des fleurs sauvages, des plantes vivaces, des arbustes, du bois mort et des hôtels à insectes. La quatrième zone sera aménagée en îlot pédagogique sur le climat. L'adaptation au changement climatique y sera rendue concrètement tangible. Sont notamment prévus un jardin pluvial, un mur en pierres sèches, un laboratoire du sol ainsi qu'un cercle de sièges. Cela permettrait notamment de montrer aux enfants, de manière pratique, comment l'eau de pluie est captée et stockée, ou encore quelle contribution apportent les arbres et les plantes au rafraîchissement de l'air. La cinquième zone se composera d'espaces de repos et d'ombre. Le peuplement arboré existant y sera complété par de nouveaux arbres résistants au changement climatique afin de créer un maximum d'ombre naturelle. Des prairies semi-sauvages, des plantes vivaces ainsi que divers aménagements pour s'asseoir et se détendre viendront compléter cet espace. L'objectif est délibérément de prévoir moins d'activités dans cet espace, afin de créer un lieu propice au repos, à la lecture ou simplement à la détente dans la verdure.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que la gestion de l'eau constitue un élément essentiel de l'ensemble du concept. Le jardin climatique doit être conçu de manière à fonctionner autant que possible grâce à l'eau de pluie naturelle. Cela ne signifie toutefois pas qu'il soit possible de renoncer complètement à l'arrosage. En particulier la première année, tant que les plantes ne seront pas encore suffisamment enracinées, un arrosage supplémentaire par l'équipe de jardiniers de la commune devra être possible. À cette fin, des réservoirs d'eau sont également prévus dans la zone d'entrée. Lors du choix des plantes, une attention particulière sera également accordée à une conception adaptée au climat. Il est prévu d'opter pour un mélange de plantes indigènes et résistantes au climat, qui supportent mieux la chaleur et la sécheresse tout en apportant une valeur ajoutée aux insectes, aux oiseaux et à la biodiversité. L'objectif est de créer un aménagement végétal qui ne soit pas seulement attrayant pendant quelques semaines au printemps. Le jardin climatique doit au contraire évoluer tout au long de l'année et offrir des facettes différentes à chaque saison. Une grande partie des travaux prévus pourrait être réalisée par les services municipaux. Actuellement, le projet en est au stade de la planification détaillée, notamment en ce qui concerne le plan de plantation définitif et la liste de commande correspondante. La mise en œuvre pourra ensuite commencer. Dans un premier temps, il est prévu de tracer l'allée principale et de délimiter les différentes zones ; ensuite, la terrasse ensoleillée, les bancs en pierre et les plantations seront aménagés.

Monsieur le bourgmestre De Smet souligne en outre tout particulièrement le soutien apporté par les « Amis de la Fleur », qui fêteront leur centenaire l'année prochaine. L'association s'est déclarée prête à soutenir le projet par une contribution de 25 000 euros. Parallèlement, cet anniversaire devrait être mis en valeur de manière durable dans le jardin climatique. Ainsi, les fleurs du logo des « Amis de la Fleur » seront reproduites sous forme de murs en pierres sèches, puis plantées de fleurs. Cela permettra de créer un lien durable entre le centenaire de l'association et le nouveau jardin climatique. Il remercie, au nom des conseillers municipaux, pour ce soutien.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que, le « Klimagarten » étant directement adjacent à plusieurs jardins privés, une importance particulière est accordée à l'information et à l'implication précoces des riverains concernés. À cette fin, les voisins concernés seront invités à une réunion d'information organisée par la commune. À cette occasion, le projet leur sera présenté en détail, les mesures prévues leur seront expliquées et ils auront la possibilité de poser leurs questions. L'« oasis climatique de Bertrange » doit servir d'exemple pour montrer comment un espace vert public pourrait être aménagé à l'avenir : plus

résilient face au changement climatique, plus riche en biodiversité et, en même temps, davantage axé sur l'éducation et la sensibilisation. Parallèlement, cet espace doit avant tout être à la disposition des habitants. Il ne s'agit donc pas simplement de créer un nouveau parc, mais un espace évoluant au fil du temps, où la nature occuperait une place plus importante, où des connaissances seraient transmises, où différentes générations pourraient se rencontrer et où des possibilités de calme et de détente seraient offertes.

Pour conclure, Monsieur le bourgmestre De Smet souligne que la mise en œuvre du « Klimagarten » implique bien sûr des investissements correspondants et ne peut se faire sans incidence financière. Le devis s'élève ainsi à environ 575 000 euros.

Madame la conseillère Schuster indique que le site, qui servait auparavant d'aire de jeux, est resté longtemps en friche et que sa transformation en « Klimagarten » est très bien accueillie. Comme il n'existe à ce jour aucun projet de ce type à Bertrange, elle soutient cette initiative. Le jardin climatique ferait office d'oasis de calme intergénérationnelle, offrant par ailleurs un habitat aux animaux. Elle salue particulièrement la participation citoyenne : le jardin apporterait une valeur ajoutée aux personnes ne disposant pas d'espace extérieur, ainsi qu'aux propriétaires de jardins, qui pourraient acquérir des connaissances pratiques lors d'ateliers – par exemple sur la création de plates-bandes surélevées. Y a-t-il un seul accès par la rue Schauwenburg, ou serait-il également possible de le rendre accessible par la rue de Dippach ? C'est là que l'intérêt et l'objectif des jumelages entre villes apparaissent clairement : on peut nouer de nouveaux contacts et ainsi mettre en œuvre d'autres idées.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'on souhaite également offrir aux citoyens sans jardin la possibilité de se retirer dans un cadre verdoyant. L'aspect pédagogique est évident : l'objectif est de sensibiliser les enfants dès leur plus jeune âge. L'accès par la rue de Dippach mérite certainement d'être envisagé, mais n'est pas encore d'actualité à ce stade.

Madame la conseillère Schares fait remarquer qu'il s'agit d'un projet attrayant. Elle salue la composante pédagogique ainsi que la participation des « Amis de la Fleur » dans le cadre de leur 100e anniversaire. Elle s'interroge sur la place accordée à l'élément « eau ». D'une manière générale, elle se félicite de l'évolution du projet, élaboré conjointement par une entreprise et les services communaux. Elle salue la démarche consistant à associer dès le départ tous les partenaires qui seront par la suite chargés de veiller au bon fonctionnement du projet, ainsi qu'à son entretien et à son développement à long terme. Ainsi, non seulement un projet beau et bien pensé est planifié, mais on veille également dès le départ à ce qu'il puisse fonctionner durablement et déployer pleinement ses effets.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que l'on s'est également penché sur l'élément « eau » dans ce contexte. On a par exemple envisagé un cours d'eau, mais celui-ci aurait dû être alimenté en eau et l'on souhaitait intervenir le moins possible dans la nature. C'est pourquoi cette idée a été écartée. Il existe toutefois un système de collecte des eaux de pluie. La mise en œuvre a été plus complexe, mais également très instructive. La participation des « Amis de la Fleur » a également joué un rôle important.

Monsieur le conseiller Glober ajoute que ce projet a également été discuté au sein de la commission de l'environnement et qu'il est considéré comme un projet phare. Tout ce que l'on peut voir dans le jardin climatique peut être reproduit par chacun chez soi.

Madame la conseillère Smit-Thijs ajoute que cela est également important pour la flore et la faune locales. C'est pourquoi le jardin climatique n'est pas éclairé la nuit.

Monsieur le bourgmestre De Smet fait remarquer que l'éclairage nocturne n'est pas nécessaire et qu'on y renonce donc. De plus, il est interdit de fumer dans l'ensemble du jardin climatique.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Vote d'un crédit spécial supplémentaire pour l'aménagement d'un jardin climatique : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne un crédit spécial supplémentaire destiné à l'aménagement du jardin climatique. La planification du projet étant déjà bien avancée, les premiers travaux pourraient débuter dès cette année. Afin que les travaux prévus puissent être mis en œuvre, un crédit spécial supplémentaire d'un montant de 300 000 euros doit être approuvé.

Ce point est adopté à l'unanimité.

09. Urbanisme

A. Modification ponctuelle du PAG « Cité Henri Dunant » : mise en procédure

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne le lancement de la procédure visant à modifier ponctuellement le PAG dans le secteur de la Cité Henri Dunant, c'est-à-dire une modification limitée dans l'espace, destinée à adapter la situation urbanistique à l'utilisation prévue de la zone concernée. Concrètement, la modification concerne un terrain appartenant à la Croix-Rouge, actuellement utilisé comme espace vert. À moyen terme, cette surface devrait être affectée à un parking aménagé de manière écologique. Dans le PAG en vigueur, ce terrain est déjà classé en « Zone de bâtiments et d'équipements publics – BEP-1 ». Or, la surface en question se trouve à l'intérieur du périmètre du PAP « Cité Henri Dunant » et y est désignée comme « Zone verte Bongert ». Sur cette base, une utilisation en tant que parking n'est actuellement pas possible. C'est pourquoi, dans le cadre de la modification ponctuelle du PAG, la surface concernée doit être retirée du périmètre du PAP existant « Cité Henri Dunant ». Parallèlement, le PAP « Quartier Existant » devrait également être adapté. La surface serait intégrée au PAP QE « Quartier Bâtiments Publics – QBP », qui s'applique déjà aux espaces publics immédiatement adjacents. Cela permettrait de créer une situation urbanistique cohérente entre le PAG, le PAP QE et l'affectation prévue.

Monsieur le bourgmestre De Smet souligne expressément que cette modification n'entraîne pas la création d'une nouvelle zone à bâtir. La zone est déjà classée BEP-1 dans le PAG en vigueur. La destination fondamentale de cette zone ne sera pas non plus modifiée. Il s'agit plutôt de remédier à une incohérence existante entre le PAG et l'ancien PAP et de permettre ainsi, d'un point de vue urbanistique, l'utilisation prévue. La zone concernée couvre une superficie brute d'environ 11 ares. Dans le cadre de la procédure prévue par la loi, un avis a été sollicité le 8 juillet 2026 auprès du ministère compétent afin de vérifier si la modification prévue du PAG était susceptible d'avoir des incidences notables sur l'environnement et si une évaluation environnementale stratégique plus approfondie était nécessaire. Par courrier du 3 septembre 2026, le ministère a fait savoir qu'il partageait l'avis de la commune selon lequel la modification prévue ne devrait pas avoir d'incidence notable sur l'environnement. Un rapport environnemental plus détaillé n'est donc pas nécessaire. Dans le cadre de la procédure réglementaire, une réunion d'information sera par ailleurs organisée. Celle-ci aura lieu le 12 octobre 2026 à 18 h 30 à la mairie.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Règlements

A. Adaptation du règlement de fonctionnement interne d'organisation du Service d'Education et d'Accueil : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit en l'occurrence d'ajustements ciblés apportés au règlement interne d'organisation et de fonctionnement du SEA. Une première modification concerne ce qu'on appelle le « Friends Day ». Il est désormais précisé que celui-ci est proposé les mardis et jeudis de 12 h 00 à 16 h 30 pendant la période scolaire, et soit de 8 h 00 à 14 h 00, soit de 12 h 00 à 18 h 00 pendant les vacances scolaires. En outre, il est expressément stipulé que les frères et sœurs des enfants dont les parents sont en congé parental peuvent également être inscrits au « Friends Day ». Bien que cela n'ait pas été prévu jusqu'à présent dans le règlement, cette règle était déjà appliquée dans la pratique. Une autre modification concerne la sécurité au sein du nouveau SEA « Bei der Gemeng ». Comme il y a là une surface de toit accessible, le règlement stipule désormais expressément qu'il est strictement interdit de jeter des pierres ou d'autres objets depuis le toit. En cas d'infraction à cette règle, la mesure d'exclusion prévue par le règlement s'applique immédiatement. Dans le même contexte, la procédure à suivre en cas de problèmes disciplinaires ou de comportement plus graves est également réglementée de manière plus claire. En principe, les parents seraient d'abord invités à un entretien avec les responsables du SEA afin de rechercher ensemble une solution appropriée. Toutefois, en cas d'incidents graves, la commune se réserve le droit de prononcer une exclusion immédiate, temporaire ou définitive. Cela s'applique notamment lorsque le comportement d'un enfant met en danger sa propre sécurité, celle des autres enfants ou celle du personnel, ou lorsqu'il est susceptible d'entraîner d'autres conséquences graves. Le règlement actualisé devrait entrer en vigueur le 1er octobre 2026.

Madame la conseillère Schares se réjouit qu'une modification du règlement ait pu être apportée à la suite des discussions au sein du conseil communal en juillet. Ainsi, lorsque les parents ont demandé un congé parental, les frères et sœurs peuvent tout de même bénéficier des services du SEA grâce au « Friendsday ». Elle part du principe que tous les parents ont déjà signé le règlement et qu'ils devront désormais le signer à nouveau. Si tel est le cas, les modifications seront mises en évidence.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'une nouvelle signature sera nécessaire et que les parents seront également informés des modifications.

Madame la conseillère Schuster se rallie à la conseillère Schares concernant le « Friendsday ». Elle demande si des dégâts ont déjà été causés par des jets de pierres.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'aucun dégât n'a été causé par des jets de pierres.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Règlement relatif à l'organisation de l'horaire de travail du personnel communal : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point porte sur plusieurs modifications du règlement interne relatif à l'horaire de travail flexible du personnel communal. Une première modification concerne la plage horaire de travail. Celle-ci sera prolongée le soir, passant de 18 h 30 à 19 h. En conséquence, la dernière plage horaire flexible sera également prolongée jusqu'à 19 h. Le point essentiel de cette adaptation concerne ce que l'on appelle la « dispense de service ». À cet égard, le règlement interne en vigueur était jusqu'à présent plus strict que les dispositions légales. Cette règle est désormais adaptée en conséquence et le plafond annuel prévu jusqu'à présent est supprimé. Parallèlement, les dispositions relatives aux horaires des réceptions officielles organisées par la commune pour le personnel sont également adaptées. En cas de réception en soirée, le crédit d'heures correspondant pourra désormais être pris en compte jusqu'à 19 h. Par ailleurs, le télétravail sera désormais intégré au règlement. À cet égard, il est fait référence au règlement distinct concernant le télétravail.

Pour conclure, il souligne que la délégation du personnel a émis un avis favorable sur les modifications prévues le 10 septembre 2026.

Madame la conseillère Schares demande si de nombreux rendez-vous sont fixés en dehors des heures d'ouverture,

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que cela concerne le service de la population. Cependant, la commune est ouverte dès avant 8 heures du matin et il est donc assez rare qu'un rendez-vous soit demandé en dehors des heures d'ouverture.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Modification du règlement-taxe concernant la redevance d'assainissement : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point de l'ordre du jour concerne une modification du règlement tarifaire visant à instaurer une règle claire en cas de fuite d'eau non détectée. Il peut arriver qu'une fuite d'eau, non remarquée dans un premier temps par la personne concernée, entraîne une consommation d'eau et, par conséquent, une facture d'eau exceptionnellement élevées. Pour autant, il n'est pas forcément certain que la totalité du volume d'eau supplémentaire se soit écoulée dans les égouts. Afin de venir en aide aux personnes concernées dans de tels cas, il est prévu à l'avenir que le collège échevinal puisse, sur la base d'une demande motivée, accorder une réduction partielle de la redevance variable d'assainissement. Cette mesure est toutefois subordonnée au respect simultané de plusieurs conditions.

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que, premièrement, la facture en question doit être nettement supérieure aux deux factures précédentes. Concrètement, il faut constater une augmentation d'au moins 50 % par rapport à la moyenne des deux factures précédentes. Deuxièmement, l'existence de la fuite d'eau ainsi que sa cause doivent être formellement constatées. Cela peut être effectué soit par l'équipe communale chargée de l'eau, soit par un installateur agréé. Ces constatations doivent en outre être consignées dans un procès-verbal. Troisièmement, la fuite ne doit pas être imputable à une négligence, à une erreur ou à une manipulation inappropriée de la part de la personne concernée. Si toutes ces conditions sont remplies simultanément, le collège échevinal peut accorder une réduction de la redevance variable d'assainissement. Le calcul de cette réduction est également clairement défini dans le règlement. Il correspond à la différence entre la redevance variable d'assainissement facturée sur la facture concernée et la moyenne des redevances variables d'assainissement des trois derniers relevés. Cette mesure est en outre limitée dans le temps. Une réduction ne peut être accordée que pour deux factures au maximum pour une même fuite d'eau constatée. Cette nouvelle réglementation vise à venir en aide aux citoyens dans les cas où une fuite d'eau passe souvent inaperçue pendant une longue période et n'est constatée qu'à la réception d'une facture anormalement élevée.

Le conseil communal adopte ce point de l'ordre du jour à l'unanimité.

D. Adaptation du règlement relatif aux tarifs et modalités d'inscription aux cours pour adultes : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne l'adaptation du règlement relatif aux tarifs et aux modalités d'inscription aux cours pour adultes. Les modalités d'inscription ont été modifiées, notamment en ce qui concerne le remboursement des frais d'inscription. Les inscriptions s'effectuant désormais en ligne, certaines formulations de l'ancien règlement ne correspondaient plus à la procédure actuelle et ont donc été adaptées en conséquence. Il est désormais expressément stipulé qu'une inscription n'est définitive qu'une fois le paiement reçu. L'inscription est en outre personnelle et ne peut être cédée à une autre personne. Les frais d'inscription doivent être réglés immédiatement lors de l'inscription en ligne. Par ailleurs, les conditions dans lesquelles un remboursement peut être accordé sont clairement définies. En principe, les frais d'inscription ne sont pas remboursés. Une exception n'est prévue que si la commune est contrainte d'annuler l'intégralité d'un cours. Si une seule séance de cours est annulée, par exemple en raison d'une maladie du chargé de cours ou d'un autre cas de force majeure, celle-ci ne sera pas remboursée. La commune s'efforcera toutefois, dans la mesure du possible, de rattraper la séance de cours concernée à une date ultérieure.

Ce point est adopté à l'unanimité.

11. Personnel communal

A. Personnel communal : création de postes pour fonctionnaires communaux

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne la création de deux postes de fonctionnaires au sein du personnel communal. Le premier poste est un poste de carrière B1 dans le domaine administratif au sein du service technique. La personne concernée a réussi les examens requis et souhaite désormais intégrer la fonction publique. La création de ce poste lui en donne la possibilité. Le deuxième poste concerne également le service technique, mais relève de la carrière A1, sous-groupe scientifique et technique. Il s'agit ici de recruter un ingénieur afin de renforcer le service technique en conséquence.

Ce point est adopté à l'unanimité.

12. Circulation

A. Règlements de circulation d'urgence à caractère temporaire : confirmation

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue Atert, applicable du 15 septembre au 31 décembre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue A Laangert, applicable du 31 août au 2 octobre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue A Pourpelt, applicable du 31 août au 2 octobre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la Cité am Wenkel, applicable du 24 août au 30 septembre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue des Prés, applicable du 7 septembre au 2 octobre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue Tossenberg, applicable du 2 septembre au 18 décembre 2026.

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Leudelange, applicable du 22 au 24 septembre 2026.

B. Règlements de circulation à caractère temporaire : confirmation

Monsieur l'échevin Miller explique qu'il s'agit ici d'une réglementation de circulation temporaire sur la route de Longwy, valable du 31 août au 30 septembre 2026 et s'appliquant à hauteur des bâtiments n° 52 et n° 72.

Monsieur l'échevin Miller précise qu'il s'agit là aussi d'une réglementation de circulation temporaire sur la route de Longwy, valable du 11 septembre au 2 octobre 2026 et située à hauteur du bâtiment n° 51.

C. Avenants au règlement de circulation : approbation

Monsieur l'échevin Miller précise qu'il s'agit ici de modifications apportées au règlement de circulation. Le prolongement de la rue de Luxembourg, à hauteur du n° 295, est concerné. La circulation automobile y sera interdite dans les deux sens et le stationnement sera interdit des deux côtés de la rue. Un arrêt de bus scolaire sera aménagé dans la rue Atert. Sur le parking « Bouwegaass », situé derrière les nouveaux locaux, il sera possible de stationner sa voiture du lundi au vendredi, de 8 h à 18 h, pendant une heure au maximum, en utilisant un disque de stationnement. Sur le parking situé devant le SEA, deux places de stationnement seront réservées aux livraisons à différentes heures. Cela concernera les jours du lundi au vendredi, de 6 h à 11 h 30 et de 14 h à 16 h.

13. Divers

A. Aide aux sinistrés au Népal

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne l'aide aux personnes touchées par la grave catastrophe naturelle au Népal. En août 2026, une grave catastrophe naturelle aurait détruit une grande partie de la région touchée. Selon les dernières informations, plus de 1 400 personnes auraient perdu la vie, tandis que plus de 5 000 personnes seraient toujours portées disparues. Des milliers de personnes auraient été blessées et auraient perdu leur logement ou leurs moyens de subsistance à la suite de la catastrophe. Dans ce contexte, le collège échevinal propose au conseil communal de faire un don de 5 000 euros à « Médecins sans frontières » afin de venir en aide aux personnes touchées et de soutenir les opérations d'aide humanitaire.

Ce point est adopté à l'unanimité.

La séance est levée à 11h30.

THE MUNICIPAL COUNCIL

DP



Youri De Smet *(Mayor)*



Marc Lang *(Alderman)*



Frank Colabianchi *(Councillor)*



Monique Smit-Thijs *(Councillor)*



Francine Moro Oliveira Costa *(Councillor)*



Nadine Philippe *(Councillor)*



Mariette Gallmeister *(Councillor)*

Déi Gréng



Roger Miller *(Alderman)*



Stefan Glober *(Councillor)*

CSV



Nadine Schares *(Councillor)*



Marc Rauchs *(Councillor)*



Marie-Paule Schroeder *(Councillor)*

LSAP



Yolande Schuster *(Councillor)*

MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 23 SEPTEMBER 2026 AT 8.30 A.M.

Present:

DP
Youri DE SMET (Mayor)
Marc LANG (Alderman)
Frank COLABIANCHI (Councillor)
Monique SMIT-THIJS (Councillor)
Nadine PHILIPPE (Councillor)
Mariette GALLMEISTER (Councillor)

déi gréng
Roger MILLER (Alderman)
Stefan GLOBER (Councillor)

CSV
Nadine SCHARES (Councillor)
Guy WEIRICH (Councillor)
Marc RAUCHS (Councillor)

LSAP
Yolande SCHUSTER (Councillor)

Georges FRANCK (Secretary)

Excused: Francine MORO (Councillor/DP, proxy voting right to Mayor De Smet for items 1-2 ; 4-5 ; 7-13)

Agenda

In public session:

01. | Order of precedence
02. | Approval of the agenda

In closed session:

03. | Personnel management
  A. SEA: Resignations of municipal employees
  B. SEA: Appointment of a municipal employee
  C. Municipal staff: Appointment of a municipal employee
  D. Municipal staff: Promotion of a municipal civil servant

In public session:

04. | Information and correspondence
05. | Contracts and notarised deeds
  A. Lease agreements for affordable housing: Approval
  B. Commercial lease agreement – 'Beim Schlass' building: Approval
  C. Lease agreement for a mobile phone base station: approval
  D. Amendment to the lease agreement for a ground-mounted photovoltaic installation project: approval
  E. Agreement for the provision of sites for the installation of charging infrastructure for electric and hybrid vehicles: approval
  F. Heat supply contract – CHP plant: approval
  G. Notarised deed of sale: approval
06. | Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange
  A. Administrative Committee: replacement of three members
07. | Finances
  A. Administrative account and management account for 2024: approval
  B. Budget amendments for 2026: approval
  C. Wantermaart donation for 2025: approval
  D. Grant relating to public viewing: approval
08. | Projects
  A. Quotation relating to the climate garden development project: Approval
  B. Vote on a special supplementary grant for the climate garden development project: Approval
09. | Town Planning
  A. One-off amendment to the 'Cité Henri Dunant' General Urban Development Plan (PAG): initiation of procedure
10. | Regulations
  A. Amendment to the internal operating regulations of the Education and Childcare Service: Approval
  B. Regulations concerning the organisation of working hours for municipal staff: Approval

C. Amendment to the tax regulations concerning the sewerage charge: Approval
D. Amendment to the regulations concerning fees and enrolment procedures for adult education courses: Approval

11. | Municipal staff
A. Municipal staff: creation of municipal civil servant posts

12. | Traffic
A. Temporary emergency traffic regulations: Confirmation
B. Temporary traffic regulations: Confirmation
C. Amendments to the traffic regulations: Approval

13. | Miscellaneous
A. Aid for disaster victims in Nepal

In public session:

01. Order of precedence of the members of the Municipal Council

Mayor De Smet states that Guy Weirich resigned from the local council on 24 July 2026. Marie-Paule Schroeder has taken his place on the local council and was sworn in on 16 September 2026. This results in the following new order of precedence among the members of the local council:

Rank	Name and surname	Date of entry
01	COLABIANCHI Frank	18.01.1990
02	SMIT-THIJS Monique	06.02.2009
03	LANG Marc	05.02.2015
04	DE SMET Youri	15.11.2017
05	MILLER Roger	15.11.2017
06	SCHARES Nadine	04.10.2021
07	MORO-OLIVEIRA COSTA Francine	29.04.2022
08	RAUCHS Marc	04.07.2023
09	SCHUSTER Yolande	04.07.2023
10	PHILIPPE Nadine	17.09.2024
11	GALLMEISTER Mariette	17.09.2025
12	GLOBER Stefan	22.10.2025
13	SCHROEDER Marie-Paule	16.09.2026

Mayor De Smet gives the floor to Councillor Schroeder so that she can briefly introduce herself.

Councillor Schroeder thanks Mayor De Smet for giving her the floor.

Her name is Marie-Paule Schroeder; she is 60 years old and has been retired for around five months. As the eldest of four siblings, she grew up in Bertrange, where her parents ran a farm in Oppert – on what is now Rue des Champs. She also attended nursery and primary school here in Bertrange, before going on to study at the Lycée Michel Rodange.

Her career path took her straight into the world of work at Banque Générale. As interacting with people was particularly important to her, she always took on roles involving direct contact with customers. She worked at the Mamer branch for over 20 years, ten of which as deputy manager. She then managed the Junglinster branch for six years.

As she became increasingly specialised in corporate clients, she took charge of the Centre d'Affaires Entreprises – West in Strassen in 2015 and moved to Kirchberg in 2021, where she took over as head of the Centre d'Affaires Entreprises Luxembourg.

She has now been retired since April this year. In addition to her professional activities, she has found a good balance in her various hobbies: She is passionate about gardening, growing fruit and vegetables, and enjoys the beauty of nature, both in her garden and whilst going for walks and hikes across the fields or on holiday.

Councillor Schroeder states that she has been a member of the Bertrange choir 'Chorale Ste Cécile' for over 40 years and has been its president since 2004. In addition to singing together, she particularly values the contact with people of different backgrounds and nationalities.

Since 2013, she has also been president of the Bertrange "Oeuvres paroissiales". Under her presidency, a social housing project comprising 34 flats was developed between 2021 and 2024 for people and organisations who find it difficult to secure accommodation on the regular property market.

She has been interested in local politics since her youth. Over many years, she has witnessed Bertrange's development from a village into a modern municipality. In 2005, she stood for election for the first time on behalf of the CSV in the local elections and has since been actively involved in various local committees.

As a local councillor, she wishes to work towards the positive development of the municipality and the well-being of all its residents. Of particular importance to her are community spirit and local clubs, which make a significant contribution to integration and social life and should therefore be supported as much as possible.

Councillor Schroeder notes that another key issue is the provision of affordable housing; everyone knows that Bertrange is one of the municipalities where housing is most expensive. She therefore believes it is important that, as local representatives, they also ensure that sufficient affordable housing is available in Bertrange; young people, too, should be able to continue living in Bertrange, and households on lower incomes must be able to find a roof over their heads here. Another key issue is respect for nature and the environment. The principle of sustainability should inform all decisions; we have only one world and one natural environment, and it is our duty to preserve and protect them, and to pass them on to future generations in good condition. Since her childhood, she has seen and experienced first-hand on her parents' farm what it means to work in harmony with animals and nature, and that everyone benefits when nature thrives. This experience, and the joy she herself derives from working in nature, have inspired her to champion nature and climate protection here too, in the discussions within the local council.

Finally, Councillor Schroeder would like to thank her predecessor, Guy Weirich. Guy had done a fine job for the CSV on the local council for many years; he had always been thoroughly prepared, had plenty of ideas and put forward concrete proposals. His contributions were well-structured and to the point, always underpinned by real-life examples. The bar has now been set high, and she will do her very best as she takes over from him. She assures everyone that she is motivated to work for the good of the municipality and all its residents, and to ensure that Bertrange remains a beautiful and pleasant place where life is good. She hopes for good cooperation, fruitful and constructive debates, and a spirit of collegiality amongst colleagues, even when opinions differ.

02. Approval of the agenda

Mayor De Smet asks if the Municipal Councillors approve the agenda.

The Municipal Council unanimously approves the agenda.

In closed session:

02. Personnel management

A. SEA: resignation of municipal employees

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

B. SEA: appointment of a municipal employee

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

C. Personal management: appointment of a municipal employee

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

D. Personal management: promotion of a civil servant

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

In public session:

04. Information and correspondence

Mayor De Smet stated that the resignations of three staff members from the SEA were accepted in closed session meeting. The staff members concerned were thanked for their work. In future, they will be working either in a secondary school, a primary school or at a workplace closer to their homes. Leo Loos was voted in as a new member of staff for the municipal revenue department and will strengthen the team in future. In addition, a childcare worker was recruited to support the SEA, and it was decided to promote Jasmine Stahr from Grade 12 to Grade 13.

Furthermore, Mayor De Smet stated that the council had dealt with the Ministry's revocation of an earlier decision, which had granted a one-month reduction in the probationary period. When calculating eligible service, periods of employment of less than four months must not be taken into account. For this reason, the person concerned could not be granted a reduction in their probationary period.

Mayor De Smet reports that:

- The articles of association of the 'Unread' association are available. The aim of the association is to provide organisational and material support to the music group 'Unread' during its rehearsals and performances.

- The Syvicol Annual Report for 2025 is also available. This association represents the interests of Luxembourg's municipalities and is a key point of contact for the government on all matters concerning the local government sector. Among other things, it comments on draft laws and regulations and advocates for local autonomy and the interests of the municipalities. The annual report shows that a large number of important issues were dealt with in 2025 as well. These covered, amongst other things, the areas of local spatial planning, housing, water, the environment, policing, music education and public finances. Furthermore, SYVICOL was active at national, European and international levels and organised various training courses and information events for local elected representatives. The report thus provides a comprehensive overview of SYVICOL's activities and priorities in 2025.

The current population is 9,801 people.

The treasury balance stands at 29.7 million euros.

05. Contracts and notarised deeds

A. Lease agreements for affordable housing: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the approval of two tenancy agreements for affordable housing. The flats in question were acquired at the end of last year as part of a purchase whilst still under construction and are located in the Cité Pourpelt. Both were completed over the summer and are now ready to be let. In both cases, the flats comprise two bedrooms, two bathrooms, a living area with a kitchen, a balcony, a cellar and a parking space. The living area of each flat is approximately 84 m². Both tenancy agreements are subject to the provisions of the Affordable Housing Act and have been concluded for an indefinite period.

Mayor De Smet explains that a monthly rent of 367 euros has been set for the first flat. The tenancy agreement comes into effect on 1 October 2026. The monthly service charges amount to 285 euros. The flat will be occupied by a single mother and her son, who currently live in the municipality. A monthly rent of 514.33 euros has been set for the second flat. The tenancy agreement will commence on 1 December 2026. The monthly service charges also amount to 285 euros. The flat will be occupied by a single mother and her daughter, who currently also live in Bertrange. For both flats, the rent has been set in accordance with the statutory provisions on affordable housing. The tenancy agreement also provides for an annual adjustment of the rent should the household's circumstances change significantly, for example due to a change in the composition of the household or in income. The flats are to be used as the tenants' main residence. Subletting is not permitted. The contracts also set out the rights and obligations of the tenants and of the local authority in its capacity as a social housing provider. In both cases, a deposit equivalent to two months' rent has been paid.

Mayor De Smet wishes to emphasise that it is not enough merely to talk about affordable housing; concrete housing must also be made available. The signing of these two tenancy agreements will enable households to live in Bertrange on fair terms. In a context where housing remains a major challenge, the local authority is thus fulfilling its responsibility and making use of the available opportunities to create concrete solutions.

Councillor Rauchs asks whether an assessment of the current situation has been carried out.

Mayor De Smet confirms this. He adds that these are also first-time tenancies.

This item is approved unanimously.

B. Commercial lease agreement – "Beim Schlass" buildung: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the approval of a commercial tenancy agreement for premises in the block of flats 'Beim Schlass'. A call for applications had been issued beforehand. Mr Trevor Downes was selected on the basis of the specified criteria. The premises have a floor area of around 69 m² and include a parking space. The premises are intended to be used for fitness activities, including one-to-one training and group sessions. The intended use has been expressly stipulated in the tenancy agreement, which has been concluded for the period from 1 November 2026 to 31 October 2035, i.e. for a minimum term of nine years. The tenant is granted the option to terminate the tenancy agreement at the end of each three-year period, subject to the conditions set out in the agreement. To help the tenant get their business off the ground, no rent will be charged for the first three months. From 1 February 2027, the monthly rent for the premises and the parking space will be set at 2,040.85 euros. In addition, there will be a monthly advance payment towards service charges of 123.23 euros. The rent will be adjusted in line with the index, in accordance with the provisions of the tenancy agreement. Mayor De Smet emphasises that the municipal premises are being actively utilised and add value to life in the village. The new activity will expand the range of sports and exercise facilities available in Bertrange. He also points out that numerous residents are already making use of such facilities.

The local council unanimously approves this item.

C. Lease agreement for a mobile phone base station: Approval

Mayor De Smet explains that this concerns the approval of a tenancy agreement between the municipality of Bertrange and Orange for the installation of a radio station in the church. The antennas are to be installed in the church tower. The technical equipment required for this, as well as the connection to the electricity and fibre-optic networks, form part of the project. The installation is intended to support current and future technologies, including 4G and 5G. The lease agreement will initially be concluded for a term of six years and will subsequently be automatically renewed for further periods of four years, unless terminated by either party subject to a twelve-month notice period. The lease agreement will come into force upon commencement of the installation work. Orange will pay an annual rent of 1,500 euros to the municipality for the use of the premises. The electricity costs for the installation will be borne entirely by Orange. The installation, maintenance and any necessary repairs to the technical equipment will also be carried out at the operator's expense. As the installation is located inside the church, access to the equipment is also clearly regulated. Any request for access must be submitted to the parish in advance. Access will be coordinated by the parish with the vicar to ensure that activities in the church are not disrupted. During any work, authorised personnel must be accompanied by a representative of the parish.

Councillor Schares wishes to know whether all the necessary technical equipment will be located in the church tower.

Mayor De Smet replies that everything will be installed in the church tower and that there will be no installations outside it.

This item is unanimously approved.

D. Amendment to the lease agreement for a ground-mounted photovoltaic installation project: Approval

Mayor De Smet explains that this concerns the approval of a second amendment to the lease agreement concluded in November 2021 between the municipality and the company 'Solarpark Bartreng'. The subject of the agreement is the construction and operation of the ground-mounted photovoltaic system on Rue de Dippach. A first amendment concerning the costs of the transformer station had already been signed in November 2024. The second amendment now under consideration is intended to extend the originally envisaged contract term by five years. The term will thus be increased from the original 20 years to a total of 25 years. At the time the PPA was concluded at the end of 2021, the electricity price was considered favourable in light of energy market trends at the time. Forecasts at that time had suggested electricity prices of around 20 cents per kWh for the coming years.

Mayor De Smet explains that the plant is operating well and, for example, produced around 1,100 MWh of electricity in 2025. Around 68 per cent of the energy produced is consumed by the municipality itself, whilst the surplus is fed into the grid. The fact that surplus electricity is produced and fed into the grid, particularly during the summer months, had already been taken into account during the planning stage and is, in principle, a typical situation for photovoltaic systems. One development that had been less foreseeable at the time the PPA was concluded was the rapid expansion of photovoltaic capacity at European and national level. This expansion had led to a stabilisation of energy prices, meaning that the agreed price is now less competitive. At the same time, the increasing feed-in of surplus solar power, particularly during the summer months, has placed a growing strain on the electricity grid. On certain days, this has therefore resulted in so-called negative prices or costs for feeding electricity into the grid. This development is attributable to the way the liberalised electricity market operates, where high supply can coincide with low demand. With the further expansion of photovoltaics, it is to be expected that such situations could occur more frequently, particularly during the summer months. An increasing number of installations could lead to a further rise in electricity production at times when demand is comparatively low.

Mayor De Smet goes on to say that, overall, it has been noted that the framework conditions have changed since the original PPA contract was concluded. Whilst the agreed electricity price is currently above the current market price, the surplus electricity fed into the grid is, in some cases, remunerated at a lower rate. At the same time, it should be noted that, viewed over the course of the whole year, the plant continues to generate a positive net feed-in and represents a long-term asset for the municipality. Against this background, various solutions have been examined to optimise both the costs of the electricity purchased and the issue of surplus production. As a first step, the contract term is to be extended by five years. In return, the price per kilowatt-hour purchased would be reduced. Furthermore, a so-called 'sharing point' would be set up. This would allow part of the electricity produced to be passed on to local businesses. Enovos would handle the relevant arrangements. In this way, the amount of surplus energy would be reduced whilst, at the same time, a better rate of remuneration would be achieved for the electricity passed on in this manner.

Councillor Glober asks whether it is already known at what price the electricity will then be resold.

Mayor De Smet states that analyses are still ongoing and that a final price cannot yet be quoted. However, it should be more attractive than before.

Councillor Rauchs asks whether there are no plans to charge batteries.

Mayor De Smet explains that a little more time needs to pass before this can be tackled.

This item on the agenda is approved unanimously.

E. Agreement for the provision of sites for the installation of charging infrastructure for electric and hybrid vehicles: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the approval of an agreement between SWIO and the municipalities of Bertrange and Strassen regarding the installation and operation of a charging infrastructure for electric and hybrid vehicles in the Bourmicht activity zone. As the site in question is situated on the border between Bertrange and Strassen, the agreement will be concluded jointly by both municipalities. SWIO is responsible for the installation and operation of the charging stations, whilst the municipalities will provide the necessary parking spaces. The total costs for the installation of the infrastructure, as well as for its operation, administration and technical maintenance, will be borne by SWIO. The electricity costs incurred in operating the infrastructure will also be borne by SWIO. The agreement will be concluded for an initial period of ten years from the date the first charging station becomes operational. Unless terminated, it will subsequently be automatically extended for a further year at a time. In return for the provision of the parking spaces, SWIO will pay the respective municipality a monthly fee of 50 euros per parking space. The installation of this charging infrastructure marks a further concrete step towards promoting electric mobility, including within activity zones. A high-performance and easily accessible charging infrastructure is becoming increasingly important, particularly in an activity zone where large numbers of people work and are on the move every day. It is also worth noting positively that the infrastructure can be further developed without the associated investment, operating and energy costs having to be borne by the local authority. A 180 kW DC fast-charging station with two charging points is planned. The charging station has already been installed and is operational.

The local council unanimously approves this item.

F. Heat supply contract – CHP plant: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the approval of a contract for the supply of heat via the municipal heating network. The same contract that had already been offered to the other connected households was proposed for the newly arrived residents. This contract had been signed by those concerned.

This item is approved unanimously.

G. Notarised deed of sale: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the approval of a notarised contract of sale, which is significant for the planned flyover project. The subject of the contract of sale was the acquisition of a plot of land belonging to the Red Cross. The plot is situated alongside the railway line and will enable an improvement to the route layout as well as the optimisation of traffic and pedestrian flows in the area of the planned flyover. In total, the plot covers just over 13 ares. A sum of 19,740 euros will be paid for the purchase, which corresponds to a price of 1,500 euros per are. The local authority has given an undertaking to install a metal fence and a green privacy screen on the purchased plot. Mayor De Smet thanked the Red Cross for their straightforward approach and constructive cooperation, which had enabled a swift agreement to be reached. The purchase of the plot would allow the footbridge project to be further optimised and an additional route to be created, from which cyclists in particular would benefit.

The local council unanimously approved this item.

06. Les Centres pour Personnes âgées de la Commune de Bertrange

A. Administrative committee: Replacement of three members

Mayor De Smet states that this item concerns the appointment of three new members to the CPA's Administrative Commission. Their terms of office are due to expire at the end of the year. A call for applications was therefore published in the local council newsletter, inviting interested parties to submit their candidacies. Six nominations were received within the specified deadline; a further nomination was submitted after 13 September. On behalf of the Municipal Council, and on his own behalf, he wished to thank René Kitzler for his many years of service on the Administrative Commission. Mr Kitzler had not submitted a further nomination.

To fill the three vacancies, he proposes Ms Anny Pletgen-Schneider, Ms Yolande Haas-Hoffmann and Mr Armand Vesque for election; they were subsequently elected unanimously by the local council.

07. Finance

A. Administrative account and management account for 2024: Approval

Mayor De Smet explains that this item relates to the 2024 administrative and municipal account. In the 2024 regular budget, revenue amounted to 70.4 million euros against expenditure of 51.4 million euros, resulting in a surplus of 18.9 million euros. The 2024 extraordinary budget shows revenue of 2.1 million euros against expenditure of 23.8 million, resulting in a deficit of 21.6 million euros. Together with the revenue from 2023, this therefore results in a final surplus of 18.8 million euros. As part of the closure of the 2024 financial year, the municipal and administrative accounts were audited by the Ministry of the Interior, as required by law. On 18 August 2026, the Ministry's audit report, containing three comments, was forwarded to the municipality, and a response was requested. The accounts, together with the audit report and the statement from the Council of Aldermen, are available. He wished to address the three key points of the audit report.

Firstly, the issue of subsidies for housing loans taken out by municipal staff had been raised. The Ministry had noted that, in several cases, documentation was missing or incomplete. These comments had been noted. The relevant department will subsequently complete the files in question and, in future, pay closer attention to ensuring that all applications are complete and comply with the applicable legal and regulatory provisions.

Secondly, the additional day's leave for municipal staff in connection with the 'Braderie' was discussed. On this point, the Council of Aldermen takes a different legal interpretation to that set out in the Ministry's audit report. It is expressly pointed out that this is neither a public holiday nor a collective closure of the municipality. The municipality remains open as usual on this day and the operation of the various services is guaranteed. Taking into account operational requirements, the day's leave in question may be taken either on the day of the Braderie or on another day during the year. The Ministry, on the other hand, argues that the number of days' leave for civil servants and employees is laid down by regulation and that the municipal authorities cannot deviate from this. The Council of Aldermen, however, bases its position on Article 26, paragraph 4, of the Grand Ducal Decree of 21 October 1987. According to this provision, the Council of Aldermen may establish collective compensatory leave days and determine the categories of civil servants to whom these apply. In the Municipal Council's view, a distinction must therefore be made between regular annual leave and compensatory

leave. It also points out that this is not a new practice. It dates back to a formal resolution of the Municipal Council of 11 April 1989 and has been applied continuously ever since. The day in question has thus been granted for almost four decades on the basis of an official decision. Furthermore, importance is attached to the equal treatment of all municipal staff. As a corresponding additional day is also provided for manual workers and caretaking staff under the collective agreement, unequal treatment between the various staff groups should be avoided.

For these reasons, the College of Aldermen maintains its position that the granting of this additional day is based on the Council's regulatory authority and should therefore not be classified as a day's leave without a statutory or regulatory basis.

Thirdly, there have been comments regarding public tenders. Two services were discussed in this context. The relevant resolutions – one relating to school transport and one concerning the installation of a stage as part of 'Absolut Bartreng' – have since been adopted. However, it is clearly stated that no tendering procedure was carried out for these services in 2024. The relevant competitive tendering procedures were introduced from 2026 onwards.

Councillor Schares asks whether this audit takes place annually. She wonders whether everything is then scrutinised thoroughly or whether individual points are merely examined at random. Regarding the first point, there is not much more to say; mistakes are human and can happen. On the second point, she wishes to note that, given the Lay Judges' Council's view has been presented, can the Ministry overturn this decision? With regard to the tendering processes, she wants to know why this was not done.

Mayor De Smet replies that this takes place every year. In principle, everything is reviewed, but there are always several key areas that are examined in greater detail. They are obliged to issue calls for tenders. As regards the music festival stage, it is difficult to issue a call for tenders in advance, as it is impossible to know what the booked artists will require in terms of technical equipment and lighting. As for the additional day off, the worst that could happen is that the Ministry would not freeze the accounts. However, there is currently no talk of this.

Councillor Schuster notes that this inspection is similar to an audit. As there is a high probability that these three points will be inspected again next year, it would be necessary to provide all relevant documents in full. Has a tender now been issued for the buses?

Mayor De Smet confirms this. Over the last few years, very few comments have been received from the supervisory body.

Councillor Colabianchi adds that these checks have been in place for years and are entirely justified. Municipal finances must be kept on a sound footing and misuse must be prevented. This is an important task.

The Municipal Council unanimously approves the municipal accounts.

The municipal council approves the administrative accounts with 7 votes in favour (DP), 2 abstentions (déi gréng) and 4 votes against (CSV, LSAP).

B. Budget amendments for 2026: Approval

Alderman Lang explains that this item concerns amendments to the 2026 budget. For the most part, these adjustments affect the regular budget. Transfers have been made between various budget items. He wishes to highlight one item in particular. For instance, the budget for the SEA's cleaning service had only been allocated for four months; this would now need to be increased by 120,000 euros to ensure the cleaning service is provided throughout the year.

Councillor Schares wishes to know why the sum for the participatory budget needs to be increased by 50,000 euros to reach 100,000 – the amount that was initially earmarked.

Mayor De Smet replies that, during the course of the year, more money was required for another budget item and that this sum was then taken from the participatory budget item. This will now be increased back to the specified amount.

Councillor Schares goes on to ask about the budget line concerning sport for municipal staff. She says she could not find this in the budget as such. She also wants to know why the SEA support service is becoming more expensive.

Alderman Lang explains that this is a new initiative. The College of Aldermen had decided to offer municipal staff – who are also very keen on sport – a fitness class once a week. With regard to the escort service, this relates to the remuneration paid to the clubs that provide the escort service. The budget will also be increased back to its original amount.

This item is adopted unanimously.

C. Wantermaart donation for 2025: Approval

Alderman Lang explains that this item concerns a donation from the proceeds of the 'Wantermaart'. A sum of 1,700.50 euros will be donated to the association 'Lëtzebuerger Déiereschutzliga asbl'.

The Municipal Council unanimously approves this item.

D. Grant relating to public viewing: Approval

Alderman Lang states that this item concerns a donation in relation to the public viewing. A sum of 500 euros will be donated to the Bertrange Youth Centre.

This item is approved unanimously.

08. Projects

A. Quotation relating to the climate garden development project: Approval



Mayor De Smet explains that this item concerns the cost estimate for the design of the new climate garden, the 'Bartrenger Klimaoas'. The climate garden is to be created on a plot of land measuring approximately 26 ares between Rue Schauwenburg and Rue de Dippach. At present, the site consists mainly of a regularly mown meadow with a few existing trees. There used to be a playground here. Rather than re-establishing a traditional playground, a conscious decision was taken to create a quieter space where nature takes centre stage and which invites people to linger and find a place of retreat. The project aims to forge a link between nature, climate adaptation, biodiversity, learning and social interaction. The concept was developed in collaboration with the German-Swiss firm "Erlebnisplan", which has previously designed playgrounds and themed trails in Serfaus, amongst other projects. However, local stakeholders and municipal services were also involved in the development process. SICONA, the forester, the 'Amis de la Fleur' and the municipality's own team of gardeners were all consulted during the development of the concept. The guiding principle chosen was 'From Root to Bloom'. The garden is intended to change with the seasons, remain vibrant, and be actively experienced and used by residents. The aim is therefore not to create a traditional park designed solely for aesthetic purposes, but a place where nature can be discovered whilst simultaneously imparting knowledge about the climate and the environment. The Climate Garden is intended to be accessible to people of all ages – children, adults and older residents.

Mayor De Smet explains that the Climate Garden will be divided into five distinct areas. The first area forms the entrance, where a sort of 'green living room' will be created. This area is intended to invite visitors to arrive and linger, whilst also marking the transition from public space to the climate oasis. In the second area, the focus will be on community and active participation. Community beds in the form of raised beds are planned here, designed to encourage people to plant, experiment and work together. A barefoot path will also be created. The third area will be designed as a nature and biodiversity zone. Here, a design closer to nature is to be deliberately chosen, allowing nature more space. Plans include, amongst other things, wildflowers, perennials, shrubs, deadwood and insect hotels. The fourth area will be designed as a climate learning hub. Here, climate adaptation is to be brought to life in a tangible way. Plans include, amongst other things, a rain garden, a dry stone wall, a soil laboratory and a seating circle. This is intended to teach children, in particular, in a practical way how rainwater is absorbed and stored, and how trees and plants help to cool the environment. The fifth area will consist of rest and shade zones. Here, the existing tree population will be supplemented with new, climate-resilient trees to create as much natural shade as possible. Near-natural meadows, perennials and various seating and relaxation areas will complement this area. The intention is deliberately to allow for less activity here, so as to create a place to rest, read or simply spend time in the countryside.

Mayor De Smet adds that water management is an essential part of the overall concept. The Climate Garden is to be designed so that it relies as much as possible on natural rainwater. However, this does not mean that irrigation can be dispensed with entirely. Particularly in the first year, whilst the plants have not yet established sufficient root systems, it must be possible for the council's own gardening team to provide additional watering. Water tanks are therefore planned for the entrance area for this purpose. When selecting plants, too, particular emphasis will be placed on a climate-adapted design. The plan is to use a mix of native and climate-resilient plants that can cope better with heat and drought whilst also providing benefits for insects, birds and biodiversity. The aim is to create a planting scheme that is not merely attractive for a few weeks in spring. Rather, the climate garden should change throughout the year and offer different features in every season. A large part of the planned work can be carried out by the council's own services. The project is currently at the detailed planning stage, particularly with regard to the final planting scheme and the corresponding order list. Implementation can then begin. The initial phase will involve the main path and the layout of the various areas, followed by the installation of the sun deck and seating stones, as well as the planting.

Mayor De Smet also particularly highlights the support provided by the 'Amis de la Fleur', which will be celebrating its 100th anniversary next year. The association has agreed to support the project with a contribution of 25,000 euros. At the same time, the anniversary is to be permanently commemorated in the Climate Garden. Flowers from the Amis de la Fleur logo are to be recreated in the form of dry stone walls and then planted with flowers. This will create a lasting link between the association's 100th anniversary and the new Climate Garden. He expressed his thanks on behalf of the local councillors for this support.

Mayor De Smet added that, as the Climate Garden borders directly on several private gardens, great importance is also being placed on providing information to and involving the affected residents at an early stage. To this end, the neighbours concerned would be invited to an information session at the council. There, the project would be presented to them in detail, the planned measures explained, and they would be given the opportunity to have their questions answered. The 'Bartrenger Klimaoas' is intended to serve as an example of how a public green space could be designed in future: more climate-resilient, more biodiverse and, at the same time, more strongly focused on education and outreach. At the same time, the space is intended to be available primarily to local residents. The aim is therefore not merely to create a new park, but a space that evolves over time, where nature is given more room, knowledge is imparted, different generations can come together, and opportunities for peace and relaxation are created.

In conclusion, Mayor De Smet points out that the implementation of the Climate Garden naturally involves corresponding investment and cannot be carried out at no cost. The estimated cost therefore amounts to around 575,000 euros.

Councillor Schuster states that the site lay fallow for a long time after previously being used as a playground, and that the transformation into a Climate Garden is very much welcomed. As there is currently no such project in Bertrange, she supports the initiative. The climate garden would serve as an

intergenerational oasis of tranquillity, whilst also providing a habitat for wildlife. She particularly emphasised the positive aspect of public participation: the garden would offer added value for people without their own outdoor space, as well as for garden owners, who could acquire practical knowledge in workshops – such as those on creating raised beds. Is there only one access point via Rue Schauwenburg, or is there also a way to make it accessible via Rue de Dippach? This is where the purpose of town twinning becomes clear; it allows people to forge new connections and thus put other ideas into practice.

Mayor De Smet replied that the aim was also to give residents without a garden the opportunity to retreat into green spaces. The educational aspect was obvious; the aim was to raise children's awareness from an early age. Access via Rue de Dippach was certainly worth considering, but was not yet relevant at this stage.

Councillor Schares notes that this is an appealing project. She welcomes the educational component as well as the involvement of the 'Amis de la Fleur' as part of their 100th anniversary celebrations. She wonders about the water feature. In general, she welcomes the development of the project, which was drawn up jointly by a company and the local authority services. She praises the approach: bringing all partners on board from the outset – partners who will later also be responsible for ensuring that the project functions and can be well maintained and further developed in the long term. In this way, not only is a beautiful and well-thought-out project being planned, but care is also taken from the outset to ensure that it can function effectively and have the desired impact in the long term.

Mayor De Smet explains that they had also given consideration to the element of water in this context. For example, they had envisaged a watercourse, but this would have needed to be filled, and they wanted to interfere with nature as little as possible. That is why they rejected this idea. However, there is a rainwater collection point. The process involved was more labour-intensive, but also instructive. The involvement of 'Amis de la Fleur' was also important.

Councillor Glober adds that this project was also discussed in the Environment Committee and is regarded as a flagship project. Everything on display in the Climate Garden can be replicated by anyone at home.

Councillor Smit-Thijs adds that it is also important for local flora and fauna. Consequently, the Climate Garden is not illuminated at night.

Mayor De Smet notes that night-time lighting is not necessary and that they are therefore doing without it. Furthermore, smoking is prohibited throughout the entire Climate Garden.

This item is unanimously approved.

B. Vote on a special supplementary grant for the climate garden development project: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns an additional special grant for the design of the climate garden. Planning for the project is already at an advanced stage, meaning that initial work can begin before the end of this year. In order for the planned work to go ahead, an additional special grant of 300,000 euros must be approved.

This item is approved unanimously.

09. Town Planning

A. One-off amendment to the 'Cité Henri Dunant' General Urban Development Plan (PAG): initiation of procedure

Mayor De Smet states that this item concerns the initiation of proceedings for a specific amendment to the PAG in the Cité Henri Dunant area; in other words, a spatially limited amendment intended to adapt the urban planning situation to the planned use of the area in question.

Specifically, the amendment concerns a plot of land owned by the Red Cross, which is currently used as a green space. In the medium term, the area is to be used as an ecologically designed car park. In the current PAG, the plot is already classified as a 'Zone de bâtiments et d'équipements publics – BEP-1'. However, the area in question lies within the perimeter of the 'Cité Henri Dunant' PAP and is designated there as the 'Zone verte Bongert'. On this basis, use as a car park is not currently possible. Therefore, as part of the specific PAG amendment, the area in question is to be removed from the perimeter of the existing 'Cité Henri Dunant' PAP. At the same time, the 'Quartier Existant' (QE) Local Development Plan (PAP) should also be amended. The area will be integrated into the QE Local Development Plan 'Quartier Bâtiments Publics – QBP', which already applies to the immediately adjacent public areas. This is intended to create a coherent urban planning framework between the General Development Plan (PAG), the QE Local Development Plan and the intended use.

Mayor De Smet expressly points out that this amendment does not create a new building zone. The area is already classified as BEP-1 in the current PAG. Nor will the fundamental intended use of this area be altered. Rather, the aim is to resolve an existing inconsistency between the PAG and the older PAP, thereby enabling the planned use from an urban planning perspective. The area in question covers a gross area of approximately 11 ares. As part of the procedure laid down by law, a statement was requested from the relevant ministry on 8 July 2026 to assess whether the planned PAG amendment could have significant environmental impacts and whether a more extensive strategic environmental assessment was required. In a letter dated 3 September 2026, the Ministry stated that it shared the municipality's assessment that the planned amendment was not expected to have any significant impact on the environment. A more detailed environmental report is therefore not required. Furthermore, an information meeting will be organised as part of the prescribed procedure. This will take place on 12 October 2026 at 6.30 pm in the village hall.

This item is adopted unanimously.

10. Regulations

A. Amendment to the internal operating regulations of the Education and Childcare Service: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns specific amendments to the SEA's internal organisational and operational regulations. The first amendment concerns the so-called 'Friends Day'. It is now specified that this will take place on Tuesdays and Thursdays from 12:00 to 16:30 during term time, and during school holidays either from 8:00 to 14:00 or from 12:00 to 18:00. Furthermore, it is expressly stated that siblings of children whose parents are on parental leave may also be registered for 'Friends Day'. Although this had not previously been provided for in the regulations, this arrangement had already been applied in practice. A further amendment concerns safety at the new SEA 'Bei der Gemeng'. As there is an accessible roof area there, the regulations now expressly state that it is strictly forbidden to throw stones or

other objects from the roof. In the event of a breach of this rule, the exclusion measure provided for in the regulations will be applied immediately. In the same context, the procedure to be followed in the event of more serious disciplinary or behavioural problems is also set out more clearly. In principle, parents would first be invited to a meeting with the SEA's management to seek a suitable solution together. In the event of serious incidents, however, the local authority reserves the right to impose an immediate, temporary or permanent exclusion. This applies in particular where a child's behaviour endangers their own safety, the safety of other children or that of staff, or could have other serious consequences. The updated regulation is due to come into force on 1 October 2026.

Councillor Schares states that she is pleased that, following the discussions in the Municipal Council in July, an amendment could be made to the regulation. This means that, if parents have applied for parental leave, their children can still access the SEA's services via 'Friendsday'. She assumes that, if all parents have already signed the regulation, they will now be asked to sign it again. If so, the changes will be highlighted.

Mayor De Smet replies that it will need to be signed again and that parents will also be made aware of the changes.

Councillor Schuster agrees with Councillor Schares regarding 'Friendsday'. She asks whether any damage has already been caused by stone-throwing.

Mayor De Smet replies that no damage has been caused by stone-throwing.

This item is unanimously approved.

B. Regulations concerning the organisation of working hours for municipal staff: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns several amendments to the internal regulations governing flexible working hours for municipal staff. The first amendment relates to the time frame for working hours. This will be extended in the evening from the current 6.30 pm to 7.00 pm. Accordingly, the final flexitime slot will also be extended to 7.00 pm. The key aspect of the amendment concerns what is known as 'exemption from duty'. In this regard, the previous internal regulations had been more stringent than the statutory provisions. This provision will now be amended accordingly, and the previously stipulated annual cap will be lifted. At the same time, the time arrangements for official municipal receptions attended by staff will also be adjusted. In the case of an evening reception, the corresponding time credit may in future be taken into account up to 7.00 pm. Furthermore, the area of working from home is being newly incorporated into the regulations. Reference is made here to the separate regulation concerning working from home.

Finally, he points out that the Staff Delegation issued a favourable opinion on the proposed changes on 10 September 2026.

Councillor Schares asked whether many appointments were scheduled outside opening hours.

Mayor De Smet replied that this concerned the Citizens' Service Centre. However, the council is already open before 8.00 a.m. and so requests for appointments outside opening hours are quite rare.

This item was adopted unanimously.

C. Amendment to the tax regulations concerning the sewerage charge: Approval

Mayor De Smet explains that this agenda item concerns an amendment to the charges regulation, which will introduce clear rules for cases where a water leak goes unnoticed. It may happen that a water leak, which is not initially noticed by the person concerned, results in exceptionally high water consumption and, consequently, an exceptionally high water bill. However, this does not necessarily mean that the entire additional volume of water has entered the sewerage system. To accommodate those affected in such cases, provision should be made in future for the Municipal Council to grant a partial reduction in the variable sewage charge on the basis of a substantiated application. However, this is subject to several conditions being met simultaneously.

Mayor De Smet explains that, firstly, the bill in question must be significantly higher than the two previous bills. Specifically, an increase of at least 50 per cent compared with the average of the two previous bills must be established. Secondly, both the existence of the water leak and its cause must be formally established. This can be done either by the municipality's own water team or by a qualified plumber. The findings must also be documented in a report. Thirdly, the leak must not be attributable to negligence, an error or improper tampering by the person concerned. If all these conditions are met simultaneously, the Council of Aldermen may grant a reduction on the variable sewage charge. The calculation of this reduction is also clearly set out in the by-law. It corresponds to the difference between the variable sewage charge charged on the bill in question and the average of the variable sewage charges from the last three bills.

The scheme is also time-limited. A reduction may be granted for a maximum of two bills relating to the same identified water leak. This new provision is intended to assist residents in cases where a water leak often goes unnoticed for a prolonged period and is only detected upon receipt of an unusually high bill.

The Municipal Council unanimously approves this item on the agenda.

D. Amendment to the regulations concerning fees and enrolment procedures for adult education courses: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the amendment of the regulation on fees and enrolment procedures for adult courses. The enrolment procedures have been amended, particularly with regard to the refund of enrolment fees. As enrolments are now carried out online, certain wording in the previous regulations no longer corresponded to the current procedure and has therefore been amended accordingly. It is now expressly stated that an enrolment is only final once payment has been received. Furthermore, enrolment is personal and cannot be transferred to another person. The enrolment fee must be paid immediately upon online enrolment. In addition, the conditions under which a refund may be granted are clearly set out. As a general rule, the enrolment fee is non-refundable. An exception is made only if the local authority is forced to cancel an entire course. If only a single lesson is cancelled, for example due to the course leader falling ill or another case of force majeure, no refund will be given. However, the local authority will endeavour to reschedule the lesson in question at a later date where possible.

This item is adopted unanimously.

11. Municipal Staff

A. Municipal staff: creation of municipal civil servant posts

Mayor De Smet explains that this item concerns the creation of two civil service posts for the local authority staff. The first post is a B1-grade position in the administrative sector within the technical department. The person in question has successfully passed the relevant examinations and now wishes to transfer to the civil service career path. The creation of this post will provide the opportunity to do so. The second post also relates to the technical department, but is classified in career path A1 within the scientific and technical sub-group. An engineer is to be recruited here to strengthen the technical department accordingly.

This item is approved unanimously.

12. Traffic

A. Temporary emergency traffic regulations: Confirmation

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue Atert that will be applicable from 15 September to 31 December 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in A Laangert that will be applicable from 31 August to 2 October 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in A Pourpelt that will be applicable from 31 August to 2 October 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Cité am Wenkel that will be applicable from 24 August to 31 September 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue des Prés that will be applicable from 7 September to 2 October 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue Tossenberg that will be applicable from 2 September to 18 December 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue de Leudelange that will be applicable from 22 to 24 September 2026.

B. Temporary Traffic Regulations: Confirmation

Alderman Miller explains that this is a temporary traffic regulation on the Route de Longwy, which will apply from 31 August to 30 September 2026 and is in force at the point between buildings nos. 52 and 72.

Alderman Miller explains that this is also a temporary traffic regulation on Route de Longwy, which will apply from 11 September to 2 October 2026 and is located near building no. 51.

C. Amendments to the traffic reglution: Approval

Alderman Miller states that this item concerns amendments to the traffic regulations. The extension of Rue de Luxembourg, at number 295, is affected here. Motor vehicle traffic will be prohibited in both directions here, and a parking ban will be imposed on both sides of the road. A school bus stop will be set up on Rue Atert. In the “Bouwegaass” car park, located behind the new premises, you may park your car from Monday to Friday between 8 am and 6 pm for a maximum of one hour, using a parking disc. In the car park in front of the SEA, two parking spaces will be closed to the public at various times for deliveries. This applies from Monday to Friday, from 6.00 am to 11.30 am and from 2.00 pm to 4.00 pm.

13. Miscellaneous

A. Aid for disaster victims in Nepal

Mayor De Smet explains that this item concerns support for those affected by the severe natural disaster in Nepal. In August 2026, a severe natural disaster destroyed large parts of the affected region. According to the latest figures, more than 1,400 people have lost their lives, whilst over 5,000 are still missing. Thousands of people were injured and lost their homes or livelihoods as a result of the disaster. Against this background, the Council of Aldermen proposes to the Municipal Council that 5,000 euros be donated to “Médecins sans frontières” to support those affected and the humanitarian relief efforts.

This item is adopted unanimously.

End of the meeting: 11:30 a.m.

NOTES

NOTES



Commune de **BERTRANGE**

2, beim Schlass · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu

MIXTE
Papier | Pour une gestion forestière responsable
FSC® C103749
www.fsc.org

CO2e-DATA AVAILABLE
Assessed item
Print product
CO2e-data including methodology, system boundaries and data basis available via QR code or URL.
natureOffice.gmbh/LU-319-PLM7S86

Imprimé par Imprimerie Centrale